

VIII. Aufgaben und Finanzen

Übersicht

In Mio. Franken	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	% ¹
Laufende Rechnung								
Gesamte Verwaltung								
Aufwand	3'348.4	3'351.9	3'446.1	3'491.3	3'514.6	3'561.7	3'612.5	4.8%
Ertrag	3'437.8 ²	3'353.1	3'447.1	3'482.1	3'508.2	3'546.1	3'601.9	4.5%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-89.4	-1.2	-1.0	9.2	6.5	15.7	10.6	
Investitionsrechnung								
Gesamte Verwaltung								
Ausgaben	297.2	288.7	344.7	259.7	261.6	267.5	263.8	-23.5%
Einnahmen	131.3	116.6	164.8	74.3	76.7	78.7	74.4	-54.8%
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	165.9	172.1	179.9	185.4	184.9	188.9	189.4	
Staatsbeiträge								
Gesamte Verwaltung								
Laufende Rechnung								
Aufwand	1'074.1	1'103.0	1'130.1	1'172.2	1'176.9	1'194.6	1'214.2	7.4%
Ertrag	534.5	548.5	570.6	482.6	491.1	499.3	508.5	-10.9%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	539.6	554.5	559.4	689.6	685.8	695.3	705.7	
Investitionsrechnung								
Aufwand	21.7	22.6	25.8	26.8	31.6	37.1	37.6	45.8%
Ertrag	102.0	94.7	116.9	46.5	49.1	51.3	47.2	-59.6%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-80.3	-72.1	-91.1	-19.7	-17.5	-14.2	-9.7	

1 Diese Spalte zeigt in dieser und in allen nachfolgenden Zeitreihenvergleichen immer die Veränderung zwischen den Jahren 2007 und 2011 in Prozenten.

2 Exkl. Goldausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB)

0 Allgemeine Verwaltung

IFAP 2007-2011

Grundauftrag und Veränderungen

Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung

Grundauftrag

- 01 Legislativ und Exekutive**
 - Führung des Kantons Luzern durch Parlament und Regierung.
- 02 Allgemeine Verwaltung**
 - Unterstützung der Regierung bei der Verwaltungsführung und des Grossen Rates bei seiner Aufsicht über die staatliche Verwaltung.
 - Bereitstellung und Erbringung von zentralen Dienstleistungen für Parlament, Regierung und Verwaltung sowie für Gemeinden und Öffentlichkeit.
- 03 Leistungen Pensionierte**
 - Sicherstellung der Pensionsordnung für Magistraten.
- 09 Nicht aufteilbare Aufgaben**
 - Bewirtschaftung sämtlicher staatlicher Immobilien des Kantons.

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
01 Legislativ und Exekutive	Grosser Rat Regierungsrat	Staatskanzlei Staatskanzlei	SK
02 Allgemeine Verwaltung	Finanzkontrolle Publikationen Departementssekretariat Departementsführung und Dienstleistungen Departementssekretariat Dienstleistungen Informatikgesamtverantwortlicher Ertrag aus Leistungsgruppe Sonderbereich Finanzdienstleistungen Verschiedene Positionen aus der Leistungsgruppe „Sonderbereiche“ Finanzverwaltung Steuerverwaltung Bau- und Immobilienmanagement Personalmanagement Sonderbereich Personalamt OID Statistik Departementsführung und Dienstleistungen Regierungsstatthalter Aufsicht, Vollzug und Beratung Gemeindeentwicklung, exkl. Finanzausgleich Dienstleistungen Forschen und Publizieren Abschreibungen auf Strassen und Ertrag aus Steuern Ertrag Motorfahrzeugsteuern und Aufwand für Übertrag Steuern	Finanzkontrolle Staatskanzlei Departementssekretariat BUWD Departementssekretariat FD Departementssekretariat FD Departementssekretariat FD Amt für Finanzdienstleistungen Amt für Finanzdienstleistungen Finanzverwaltung Steuerverwaltung Amt für Hochbauten und Immobilien Personalamt Personalamt Organisations- und Informatikdiens-te Amt für Statistik Departementssekretariat JSD Regierungsstatthalter Amt für Gemeinden Amt für Gemeinden Staatsarchiv Staatsarchiv Verkehr und Infrastruktur Strassenverkehrsamt	BUWD FD FD FD FD FD FD FD FD FD FD FD FD FD FD JSD JSD JSD JSD JSD JSD JSD JSD JSD JSD JSD
03 Leistungen Pensionierte	Sonderbereich Finanzverwaltung	Finanzverwaltung	FD
09 Nicht aufteilbare Aufgaben	Staats- und Mietliegenschaften	Amt für Hochbauten und Immobilien	FD

Legislaturprogramm 2003-2007

Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen.

Generelle Entwicklung

01 Legislativ und Exekutive

- Staatsverfassung: Der Regierungsrat hat die Botschaft zum Entwurf der neuen Kantonsverfassung verabschiedet (22. November 2005). Der Grosse Rat wird den Verfassungsentwurf in der Septembersession 2006 in 1. Lesung beraten. Die Volksabstimmung findet im Juni oder September 2007 statt. Das In-Kraft-Treten ist per 1.1.08 vorgesehen.
- Im Jahre 2007 finden die Wahlen für Regierung und Grosser Rat statt.

02 Allgemeine Verwaltung

- Eine Informatikgesamtstrategie für die kantonale Verwaltung ist in Erarbeitung. Gleichzeitig soll die Informatikorganisation überprüft werden.
- Durchgängiger und möglichst flächendeckender Einsatz von SAP R/3 im Finanz- und Logistikbereich (Ablösung von Alt-Systemen).

03 Leistungen Pensionierte

- Die Magistratspensionsordnung wurde in die LUPK überführt. Die ausbezahlten Rentenleistungen werden stetig leicht abnehmen.
- Die Anpassung der Renten an die Teuerung erfolgt für die altrechtlich pensionierten Magistratspersonen analog zur LUPK-Rentenanpassung und ist nicht mehr an den Lohnzuwachs des Staatspersonals gekoppelt.

09 Nicht aufteilbare Aufgaben

- Das Mietmodell für interne Dienststellen soll auf 2008 umgestellt werden. Neu sollen kalkulatorische Kosten und Abschreibungen eingerechnet werden.
- Für die UNI soll per 1.1.07 der Standort „Postbetriebsgebäude“ erworben werden. 2007 ist der Beginn der Umbauarbeiten und in den Jahren 2010/11 der Bezug des Universitätsgebäudes geplant.

Indikatoren und Kenngrössen	2007	2008	2009	2010	2011
01 Legislative und Exekutive Zustellung Kommissionsunterlagen GR 14 Tage vor Sitzung	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
02 Allgemeine Verwaltung Gemeindeentwicklung: Anzahl Gemeinden Gesamtzahl Arbeitsplätze in der kant. Verwaltung für die Eingliederung Erwerbsbehinderter	96 50	< 96 50	< 96 50	< 96 50	< 96 50
03 Leistungen Pensionierte Anzahl ausbezahlte Renten an Magistratspersonen	44	< 44	< 44	< 44	< 44
09 Nicht aufteilbare Aufgaben m ² -Fläche eigene Liegenschaften (ohne Spitäler) m ² -Fläche Zumietungen (ohne Turnhallen) Mietzinse der externen Mieten Anzahl staatseigene Gebäude	302'177 58'945 22'160'000 636	Mit der Einführung der Vollkostenrechnung ab Budget 2008, unterstützt durch die neue Informatik-Lösung (SAP), werden Grundlagen für die künftige Immobilienstrategie gebildet. Mit den erlangten Kennzahlen können gleichzeitig Mehrjahresziele festgelegt werden.	317.5 360.3 -42.8	308.6 364.2 -55.6	368.1
Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2006-2010	2007	2008	2009	2010	2011
Laufende Rechnung					
- Aufwand IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	350.3 386.2 -35.9	320.9 361.6 -40.7	317.5 360.3 -42.8	308.6 364.2 -55.6	368.1
- Ertrag IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	310.4 320.3 -9.9	301.9 298.7 3.2	305.9 302.2 3.7	309.9 305.7 4.2	309.2
Begründung:					
- Im Budget 2007 ist neu ein Buchgewinn von 12 Mio. Fr. aus dem Verkauf des Grundstücks Seeburg enthalten. Dieser ausserordentliche Ertrag wird durch zusätzliche Abschreibungen kompensiert. Dadurch steigen Aufwand und Ertrag im Jahr 2007 gegenüber dem IFAP 2006-2010. - Im IFAP 2006-2010 waren die erwarteten Einsparungen aus der Reform 06 (20 Mio. für 2008, 26 Mio. für 2009 und 38 Mio. ab 2010) und des Verzichtspakets 2007 (20 Mio. ab 2007) bei der Allgemeinen Verwaltung eingestellt. Neu wurden die realisierten und erwarteten Einsparungen dieser Projekte direkt den betroffenen Aufgabenbereichen zugeordnet. Dadurch erhöht sich der Aufwand gegenüber dem IFAP 2006-2010.					
Investitionsrechnung	2007	2008	2009	2010	2011
- Ausgaben IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	9.6 11.9 -2.3	8.9 10.3 -1.4	8.9 10.3 -1.4	8.9 10.3 -1.4	10.2
- Einnahmen IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	0.8 1.7 -0.9	0.0 0.0 0.0	0.0 0.0 0.0	0.0 0.0 0.0	0.0
Begründung:					
- Im IFAP 2007-2011 ist erstmals der Pool-Kredit für Informatikinvestitionen des Justiz- und Sicherheitsdepartementes in der Aufgabe „0 Allgemeine Verwaltung“ enthalten (bisher „1 Öffentliche Sicherheit“). Dadurch erhöhen sich die Investitionsausgaben.					
Staatsbeiträge gesamt	2007	2008	2009	2010	2011
- Aufwand/Ausgaben IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	1.3 1.6 -0.3	1.4 1.7 -0.3	0.9 1.2 -0.3	0.9 1.2 -0.3	1.3
- Ertrag/Einnahmen IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	24.3 23.8 0.5	4.4 0.8 3.6	4.4 0.8 3.6	4.5 0.8 3.7	0.8
Begründung:					
- Im Budget 2006 ist die Auflösung von Rückstellungen von 3 Mio. Fr. enthalten. Dieser wurde im IFAP 2006-2010 versehentlich für die ganze Planperiode fortgeschrieben. Durch die korrekte Berücksichtigung im IFAP 2007-2011 reduziert sich der Ertrag aus Staatsbeiträgen.					

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2008-2011 in Mio. Franken	Investitionskosten 2008-2011 in Mio. Franken
Beschlossene / einberechnete Vorhaben			
0.1.1/07 Finanzreform 08; Rückgang Mietzinsen durch Kantonalisierung der städtischen Mittelschule	2008-11	4	
0.1.2/07 Erhöhung des Globalbudgets für kantonale Hochbauten (! die konkreten Projekte sind direkt in den betroffenen Aufgabenbereichen und im Kapitel X. aufgeführt)	2008-11		24,8
0.1.3/07 Reduzierte Beiträge Dritter an kantonale Hochbauten (exkl. Beiträge an Universität Luzern)	2008-11		1,2
0.1.4/07 Kantonsanteil LSVA (brutto, davon fließen 70 % in die Strassenrechnung und 10 % an die Gemeinden)	2008-11	-6	
0.1.5/07 Wegfall Kosten Revision Staatsverfassung	bis 2009	-1,8	
0.1.6/07 Reform 06: Allgemeine Verwaltung und Massnahmen für alle Dienststellen a) Amt für soziale Integration und Gesellschaftsfragen (Teilprojekt 9) b) Vereinfachung und Standardisierung im Steuerwesen (Teilprojekt 12) c) Rechnungswesen zentralisieren (Teilprojekt 14) d) Schaffung einer eigenen Familienausgleichskasse für das Staatspersonal (Teilprojekt 18, nur Kantonsanteil)	2008-11 2008-11 2008-11 2008-11	-1,2 -9 -11 -16	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet, Berücksichtigung der Hochbauten gemäss Kapitel X.)			
0.2.1/07 Zeughaus Musegg, Umnutzung (gesamte Kosten 13 Mio. Fr., Verwendungszweck noch unklar, deshalb unter „0 Allgemeine Verwaltung“ aufgeführt)	2010-14		1
Gesetzesänderungen			
0.3.1/07 Revision Finanzaushaltsgesetz	2010		
0.3.2/07 Revision Haftungsgesetz	2009		
0.3.3/07 Mantelerlass der Gesetzesänderungen Finanzreform 08	2008		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung		R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
	Aufwand	358.2	355.8	386.2	361.6	360.3	364.2	368.1	-4.7%
	Ertrag	248.8	294.5	320.3	298.7	302.2	305.7	309.2	-3.5%
	Aufwand-/Ertragsüberschuss	109.4	61.4	65.9	62.9	58.2	58.6	58.9	
01	Legislative und Exekutive								
	Aufwand	9.7	9.4	8.4	8.5	8.6	8.7	8.8	
	Ertrag	2.7	2.7	2.1	2.1	2.1	2.1	2.2	
	Aufwand-/Ertragsüberschuss	7.1	6.7	6.3	6.4	6.5	6.6	6.6	
02	Allgemeine Verwaltung								
	Aufwand	239.4	241.3	246.2	244.6	242.3	245.2	248.1	
	Ertrag	126.0	179.0	176.3	178.5	180.7	183.0	185.3	
	Aufwand-/Ertragsüberschuss	113.4	62.2	69.8	66.1	61.6	62.2	62.8	
03	Leistungen für Pensionierte								
	Aufwand	6.0	6.0	4.8	4.8	4.9	5.0	5.0	
	Ertrag	0.1	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	
	Aufwand-/Ertragsüberschuss	5.9	5.9	4.6	4.7	4.7	4.8	4.9	
09	Nicht aufteilbare Aufgaben								
	Aufwand	103.1	99.1	126.8	103.6	104.5	105.3	106.2	
	Ertrag	120.0	112.6	141.8	117.9	119.1	120.4	121.6	
	Aufwand-/Ertragsüberschuss	-17.0	-13.5	-15.0	-14.3	-14.7	-15.0	-15.4	
Investitionsrechnung		R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
	Ausgaben	9.2	8.6	11.9	10.3	10.3	10.3	10.2	-14.1%
	Einnahmen	0.7	0.0	1.7	0.0	0.0	0.0	0.0	-98.4%
	Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	9.2	8.6	11.9	10.3	10.3	10.3	10.2	
Staatsbeiträge		R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
	<i>Laufende Rechnung</i>								
	Aufwand	2.1	3.9	1.6	1.7	1.2	1.2	1.3	-21.3%
	Ertrag	0.2	3.2	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	4.9%
	Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.9	0.7	1.5	1.5	1.1	1.1	1.1	
	<i>Investitionsrechnung</i>								
	Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	-
	Einnahmen	4.8	1.1	23.7	0.7	0.7	0.7	0.7	-97.0%
	Aufwand-/Ertragsüberschuss	-4.8	-1.1	-23.7	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7	

1 Öffentliche Sicherheit

IFAP 2007-2011

Grundauftrag und Veränderungen

Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung

Grundauftrag

- 10 Rechtsaufsicht
 - Sicherstellung der Rechtsaufsicht
- 11 Polizei
 - Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (inkl. Strassenverkehr)
- 12 Rechtsprechung
 - Beurteilung von Rechtssachen
 - Wahrnehmen der Dienstaufsicht bei diversen Dienststellen
- 13 Strafvollzug
 - Vornahme des Vollzugs
- 15 Militärische Landesverteidigung
 - Unterstützungsauflagen im Militärbereich (Bundesaufgabe)
- 16 Zivile Landesverteidigung
 - Zivilschutzpersonal- und Schutzraumplanung
 - Leitung des kantonalen Krisenstabs

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
10 Rechtsaufsicht	Geoinformation	Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (rawi)	BUWD
	Grundbuchwesen	Grundbuchwesen	Gerichte
	Schllichtungsbehörde Miete und Pacht	Schllichtungsbehörde Miete und Pacht	JSD
	Handelsregisteramt	Handelsregisteramt	JSD
	Aufenthalt und Niedergelassene	Amt für Migration	JSD
	Asyl	Amt für Migration	JSD
	Konkursämter	Konkursämter	Gerichte
11 Polizei	Technische Verkehrssicherheit	Strassenverkehrsamt	JSD
	Administrative Verkehrssicherheit	Strassenverkehrsamt	JSD
	Verkehrs- und Schiffssteuern (ohne Ertrag und Übertrag Motorfahrzeugsteuer)	Strassenverkehrsamt	JSD
	Gewerbliche Leistungen	Strassenverkehrsamt	JSD
	Kriminalpolizei	Kantonspolizei	JSD
	Verkehrspolizei	Kantonspolizei	JSD
	Sicherheitspolizei	Kantonspolizei	JSD
12 Rechtsprechung	Gastgewerbe und Gewerbepolizei	Kantonspolizei	JSD
	Zentralschweizerische Polizeischule	Kantonspolizei	JSD
	Staatsanwaltschaft	Strafverfolgungsbehörden	JSD
	5 Amtstatthalterämter	Strafverfolgungsbehörden	JSD
	Untersuchungsrichteramt	Strafverfolgungsbehörden	JSD
	Jugendanwaltschaft	Strafverfolgungsbehörden	JSD
	Obergericht	Obergericht	Gerichte
13 Strafvollzug	Erstinstanzliche Gerichte in Zivil- und Strafsachen	Erstinstanzliche Gerichte in Zivil- und Strafsachen	Gerichte
	Verwaltungsgesetz und Schätzungscommission	Verwaltungsgesetz und Schätzungscommission	Gerichte
14 Feuerwehr	Untersuchungshaft	Haft- und Untersuchungsgefängnis Grosshof	JSD
	Straf- und Massnahmenvollzug inkl. Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft	Haft- und Untersuchungsgefängnis Grosshof	JSD
	Halboffener Strafvollzug	Strafanstalt Wauwilermoos	JSD
	Betriebe	Strafanstalt Wauwilermoos	JSD
15 Militärische Landesverteidigung	Vollzugs- und Bewährungsdienste	Vollzugs- und Bewährungsdienste	JSD
	Beiträge der Dienststelle vif (Investitionsrechnung)		BUWD/FD
	Logistik und Betriebe (Teil Militär)	Amt für Militär und Zivilschutz	JSD
16 Zivile Landesverteidigung	Wehrpflicht	Amt für Militär und Zivilschutz	JSD
	Logistik und Betriebe (Teil Zivilschutz)	Amt für Militär und Zivilschutz	JSD
	Schutz und Einsatz	Amt für Militär und Zivilschutz	JSD

Legislaturprogramm 2003-2007

Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen. Aussagen zur Funktion 1 sind im Kapitel VII. "Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm" (Ziffer 8) enthalten.

Generelle Entwicklung

10 Rechtsaufsicht

Das Projekt zur Erneuerung der amtlichen Vermessung (AV) der Abteilung Geoinformation und Vermessung der rawi verläuft planmäßig und benötigt bis zur Fertigstellung noch ca. 21 Millionen Franken (Finanzbedarf insgesamt ursprünglich bei ca. 37 Mio. Fr.). Die Beteiligung des Bundes wird sich mit der Einführung des NFA ab 1.1.08 stark reduzieren.

11 Polizei

Seit Dezember 2004 ist das Konkordat für die Errichtung und den Betrieb der Interkantonalen Polizeifachschule Hitzkirch (IPH) in Kraft. Gemäss Konzept wird die IPH im September 2007 im ehemaligen Lehrerseminar Hitzkirch und im Ausbildungszentrum Aabach in Hitzkirch eröffnet. Die beachtlichen Investitionskosten werden die Betriebskosten der IPH merklich beeinflussen und eine Erhöhung des Schulbeitrages des Kantons Luzern bewirken.

Das Projekt Polizei XXI, bei dem das Zentralschweizer Konkordat als Pilotkonkordat fungiert, befindet sich in der Planungsphase. Nach der Bestandesaufnahme und Analyse wurden erste Ziele und Lösungsansätze definiert.

Die Planung und Realisation eines neuen Funknetzes (Polycom) zusammen mit den Dienststellen sowie den Organisationen des Bevölkerungsschutzes muss ab 2007 in Angriff genommen werden und verursacht hohe Investitionen.

Im Kanton Luzern sind ca. 247'000 Fahrzeuge und 4'100 Schiffe immatrikuliert. Aufgrund der bisherigen Entwicklung rechnen wir bis im Jahr 2011 mit insgesamt 20'000 zusätzlichen Fahrzeugen. Damit das gesetzlich vorgeschriebene Prüfintervall künftig eingehalten werden kann, sind die Kapazitäten (Infrastruktur und Experten) auszubauen. Für die IFAP-Periode rechnen wir mit zusätzlichen 600 Stellenprozenten. Das Strassenverkehrsamt versucht in den nächsten Jahren die bestehenden (zugemieteten) Infrastrukturen auszubauen oder neue Räumlichkeiten zu mieten.

12 Rechtsprechung

Die in der Bundesverfassung verankerte Rechtsweggarantie (grundsätzlich ist bei allen Rechtsstreitigkeiten ein gerichtlicher Rechtsschutz zu gewährleisten) tritt am 1. Januar 2007 in Kraft. Die Kantone müssen innert zwei Jahren, d.h. bis spätestens am 1. Januar 2009, ihre Gesetzgebung an die Erfordernisse der Rechtsweggarantie angepasst haben. Welche Auswirkungen dies auf die Tätigkeit der Gerichte und der Verwaltung haben wird, kann heute nicht abschliessend beurteilt werden. Tendenziell ist aber zu erwarten, dass zusätzliche personelle und infrastrukturelle Ressourcen benötigt werden.

Neue Bundesgesetze (eidg. ZPO, eidg. StPO, Revision Vormundschafts-, Sachen- und Grundbuchrecht) werden zu einer Mehrbelastung der Gerichte und der Grundbuchämter führen. Es ist mit neuen Gerichten wie z.B. Zwangsmassnahmengericht, Vormundschaftsgericht zu rechnen. Dies wird eine Erhöhung des Personal- und Sachaufwandes erfordern. Aus diesem Grund wurde das Projekt "JU 10" gestartet, bei dem nicht nur die Organisation des Gerichtswesens überprüft wird, sondern auch die entsprechenden Bedürfnisse der Strafverfolgungsbehörden zu berücksichtigen sein werden. Das Projekt "JU 10" steht unter der Leitung des Obergerichtes.

13 Strafvollzug

Am 1. Januar 2007 tritt der neue Allgemeine Teil des Strafgesetzbuches (AT StGB) in Kraft. Die Auswirkungen, die die jüngsten Nachbesserungen mit sich bringen, können noch nicht definitiv abgeschätzt werden.

15 / 16 Militärische / Zivile Landesverteidigung

Die Zuständigkeitsfinanzierung würde zu erheblichen Mehrkosten beim Kanton und Minderkosten bei den Gemeinden führen. Deshalb werden der Bevölkerungsschutz und der Zivilschutz nun im Zusammenhang mit dem Projekt 'Finanzreform 08' neu geregelt.

Indikatoren und Kenngrössen	2007	2008	2009	2010	2011
10 Rechtsaufsicht					
Anzahl Grundbuchenmeldungen	22'144	22'150	22'150	22'150	22'150
Anzahl Eintragungsgeschäfte Handelsregisteramt	6'200	6'300	6'300	6'300	6'300
Anzahl Eingänge Konkursverfahren	340	340	340	340	340
Personen ständige ausländische Wohnbevölkerung	56'600	57'450	58'300	59'180	60'070
Personen im Asylprozess	1'600	1'450	1'300	1'200	1'100
11 Polizei					
Kantonspolizei: Interventionszeit unter 25 Minuten	90%	90%	90%	90%	90%
Strassenverkehrsamt: Anzahl Fahrzeugprüfungen	61'000	61'000	67'000	73'000	79'000
Anzahl Fahrzeuge	251'000	255'000	259'000	262'000	266'000
12 Rechtsprechung					
Strafverfolgung: Strafverfügung mit/ohne Untersuchung	6'000 / 24'000	6'000 / 24'000	6'000 / 24'000	6'000 / 24'000	6'000 / 24'000
Gerichte:					
LG Obergericht:					
Eingänge / Erledigungen	1'150 / 1'150	1'150 / 1'150	1'150 / 1'150	1'150 / 1'150	1'150 / 1'150
LG Erstinstanzliche Gerichte:					
Eingänge / Erledigungen	9'500 / 9'500	9'500 / 9'500	9'500 / 9'500	9'500 / 9'500	9'500 / 9'500
LG Verwaltungsgericht und Schätzungskommission:					
Eingänge / Erledigungen	1'296 / 1'334	1'360 / 1'360	1'540 / 1'540	1'540 / 1'540	1'540 / 1'540
Gerichte: Debitorenverluste in % der Verfahrenskosten	75	78	84	85	86
13 Strafvollzug					
Auslastung der kantonalen Anstalten (Möösli/Grosshof) in %	95 / 90	95 / 90	95 / 90	95 / 90	95 / 90
Anzahl Hafttage in kantonalen Anstalten (Möösli/Grosshof)	22'500 / 36'500	22'500 / 36'500	22'500 / 36'500	22'500 / 36'500	22'500 / 36'500
15/16 Militärische / Zivile Landesverteidigung					
Wehrpflichtige	27'000	27'000	27'000	27'000	27'000

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2006-2010					
Laufende Rechnung	2007	2008	2009	2010	2011
- Aufwand					
IFAP 2006-2010	229.4	232.8	235.7	237.8	
IFAP 2007-2011	226.8	243.1	246.8	249.9	252.8
Veränderung	2.6	-10.3	-11.1	-12.1	
- Ertrag					
IFAP 2006-2010	136.9	138.8	140.7	142.6	
IFAP 2007-2011	135.3	135.0	136.7	138.4	139.7
Veränderung	1.6	3.8	4.0	4.2	
Begründung:					
- Durch die Finanzreform 08 wird das Justiz- und Sicherheitsdepartement mit jährlich rund 13,5 Mio. Fr. ab 2008 belastet. Diese Aufwändentwicklung war im IFAP 2006-2010 noch nicht abgebildet.					
- Die bisherige Polizeischule Sempach war im IFAP 2006-2010 noch als Teil der Kantonspolizei einberechnet. Im IFAP 2007-2011 ist erstmals ab 2008 die Ausrichtung eines Staatsbeitrags enthalten. Dadurch reduzieren sich Aufwand und Ertrag ab 2008 gegenüber dem IFAP 2006-2010.					
Investitionsrechnung	2007	2008	2009	2010	2011
- Ausgaben					
IFAP 2006-2010	10.4	8.5	7.9	7.8	
IFAP 2007-2011	9.2	8.2	6.8	6.6	6.6
Veränderung	1.2	0.3	1.1	1.2	
- Einnahmen					
IFAP 2006-2010	1.1	0.1	0.1	0.1	
IFAP 2007-2011	2.2	0.0	0.0	0.0	6.5
Veränderung	-1.1	0.1	0.1	0.1	
Begründung:					
- Im IFAP 2007-2011 ist erstmals der Pool-Kredit für Informatikinvestitionen des Justiz- und Sicherheitsdepartement in der Aufgabe „0 Allgemeine Verwaltung“ enthalten (bisher „1 Öffentliche Sicherheit“). Dadurch reduzieren sich die Investitionsausgaben.					
- In den Planrechnungen entfallen 5 Prozent der Ausgaben und Einnahmen der kantonalen Hochbauten auf die Funktion „Öffentliche Sicherheit“. Im Budget 2007 ist ein Bundesbeitrag von 21,9 Mio. Fr. an den Kauf der Universität Luzern enthalten. Durch diesen Beitrag erhöhen sich die Investitionseinnahmen 2007.					
Staatsbeiträge gesamt	2007	2008	2009	2010	2011
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2006-2010	2.0	2.0	2.0	1.3	
IFAP 2007-2011	2.5	3.5	3.5	3.5	3.6
Veränderung	-0.5	-1.5	-1.5	-2.2	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2006-2010	0.3	0.3	0.3	0.3	
IFAP 2007-2011	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Veränderung	0.0	0.0	0.0	0.0	
Begründung:					
- Neu wird ein Staatsbeitrag an die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch ausgerichtet. Im IFAP 2006-2010 war für die ganze Planperiode noch die Verbuchung als Aufwand und Ertrag der Polizeischule bei der Kantonspolizei enthalten. Dadurch erhöhen sich die Staatsbeiträge gegenüber dem IFAP 2006-2010.					

Vorhaben und Projekte		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskos- ten 2008-2011 in Mio. Franken	Investitionskosten 2008-2011 in Mio. Franken
Beschlossene / einberechnete Vorhaben				
1.1.1/07	Geringere Investitionskosten für die amtliche Vermessung	2008-11		-2,2
1.1.2/07	Massnahmen Strassenverkehrsamt zur Bewältigung der höheren Anzahl Fahrzeugprüfungen a) Personelle Verstärkung Expertenteam b) Miete zusätzliche Prüfhalle c) Anschaffung von Prüfgeräten inkl. Einrichtungen d) Mehreinnahmen durch zusätzliche Prüfstelle	2008-11 2008-11 2008-09 2008-11	1,6 1,2 -3,6	1,2
1.1.3/07	Veränderungen Kantonspolizei (Laufende Rechnung, exkl. Polizeiausbildung) a) Mindererlös für Schwerverkehrskontrolle vom Bund b) Mindererlös aus Schliessung Spiellokale c) Sicherheitsdispositiv Fussball-EM 2008	2008-11 2008-11 2008	1 1,4 1	
1.1.4/07	Veränderungen aufgrund der neuen Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch a) Wegfall Nettoaufwand für bisherige Schule Sempach b) Höhere Weiterbildungskosten c) Höhere Kosten durch Vollbetrieb Schule (im Budget 2007 sind erst 5/12 eines Schuljahres eingestellt)	bis 2007 2008-11 2008-11	-1 1 2,8	
1.1.5/07	Minderertrag Amt für Migration durch rückläufige Anzahl Bewilligungsverlängerungen	2008-11	0,6	
1.1.6/07	Erhöhung Informatikpool Justiz- und Sicherheitsdepartement (kompensiert durch tieferne Investitionen Kantonspolizei)	2008-11		0,8
1.1.7/07	Veränderungen Kantonspolizei (Investitionsrechnung) a) Reduktion Mittel für Ersatz von Dienstfahrzeugen b) Wegfall Anschaffungen für Radaranlagen c) Diverse Investitionen	2009-11 2008-11 2008	-0,6 -2,6 0,5	
1.1.8/07	NFA und Finanzreform 08; Änderungen im Bereich Öffentliche Sicherheit: a) Übernahme Mietkosten für Amtsgerichte b) Wegfall Erstellen der Einbürgerungsberichte c) Kantonalisierung der Polizeiposten und Wegfall des Gemeindebeitrags an die Kantonspolizei d) Reorganisation Bevölkerungs- und Zivilschutz e) Mehrbelastung Kanton im Straf- und Massnahmenvollzug	ab 2008 ab 2008 ab 2008 ab 2008 ab 2008	4,1 -0,4 23,2 4 22,8	

Vorhaben und Projekte				
		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskos- ten 2008-2011 in Mio. Franken	Investitionskosten 2008-2011 in Mio. Franken
1.1.9/07	Mehrkosten bei den Gerichten a) Erhöhung der Leistungen für unentgeltliche Rechtspflege b) Projekt- und Betriebskosten Justizreform 2010 (JU 10) c) Umsetzung Rechtsweggarantie	2008-11 2008-11 2009-11	1,2 4,9 2,6	
1.1.10/07	Reform 06: Massnahmen im Bereich Öffentliche Sicherheit a) Amt für Strafvollzug (Teilprojekt 7) b) Kantonspolizei verstärkt Zusammenarbeit (Teilprojekt 8)	2008-11 2008-11	-0,4 -1,2	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet, Berücksichtigung der Hochbauten gemäss Kapitel X.)				
1.2.1/07	Kantonspolizei, 3. Phase Personalaufstockung (je 8 Stellen für die Jahre 2008-2010)	2008-11	8,1	
1.2.2/07	Nettoanteil Funknetz Polycom (Gesamtkosten 29 Mio. Fr., davon Kostenbeteiligung von je 4 Mio. Fr. durch Bund und durch Stadt Luzern vorgesehen)	2008-10		21
1.2.3/07	Kantonspolizei Sprengi, Erweiterung Büro und Einstellhalle	2008-11		7
1.2.4/07	Betriebskosten Justizreform 2010 (JU 10)	2010-11	3,4	
Gesetzesänderungen				
1.3.1/07	Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege und damit zusammenhängende Änderungen weiterer Erlasse (Umsetzung Rechtsweggarantie)	2009		
1.3.2/07	Gesetz über die Gerichtsorganisation	2010		
1.3.3/07	Mantelerlass der Gesetzesänderungen Finanzreform 08	2008		
1.3.4/07	Zivil- und Strafprozessordnung (Umsetzung der Änderungen im Bundesrecht)	2011-12		
1.3.5/07	Gesetz über die Betreuung Erwachsener (Vormundschaft)	2011-12		
1.3.6/07	Erlasse im Nachgang zur neuen Kantonsverfassung (u.a. Wahlkreisgesetz)	2009ff		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Aufwand	228.6	221.5	226.8	243.1	246.8	249.9	252.8	11.5%
Ertrag	140.3	135.3	135.3	135.0	136.7	138.4	139.7	3.2%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	88.3	86.1	91.4	108.1	110.1	111.5	113.1	
10 Rechtsaufsicht								
Aufwand	29.9	30.1	30.2	30.7	31.0	31.4	31.7	
Ertrag	33.0	30.8	29.9	29.9	30.1	30.2	30.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-3.1	-0.7	0.3	0.7	0.9	1.1	1.4	
11 Polizei								
Aufwand	104.9	96.4	99.4	106.5	107.0	108.4	109.7	
Ertrag	62.2	59.3	60.9	60.2	61.2	62.2	62.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	42.7	37.2	38.5	46.4	45.8	46.2	46.9	
12 Rechtssprechung								
Aufwand	50.0	50.7	53.8	55.4	57.7	58.4	59.1	
Ertrag	19.6	21.3	22.0	22.3	22.6	22.9	23.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	30.4	29.4	31.7	33.1	35.1	35.5	35.9	
13 Strafvollzug								
Aufwand	29.8	30.0	30.6	36.6	37.0	37.4	37.9	
Ertrag	16.5	16.1	16.1	16.3	16.5	16.7	16.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	13.3	13.9	14.5	20.3	20.5	20.7	21.0	
15 Militärische Landesverteidigung								
Aufwand	8.3	8.1	6.6	6.6	6.7	6.8	6.8	
Ertrag	6.3	5.3	3.8	3.7	3.7	3.8	3.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.1	2.8	2.7	2.9	2.9	3.0	3.1	
16 Zivile Landesverteidigung								
Aufwand	5.7	6.3	6.2	7.3	7.4	7.5	7.6	
Ertrag	2.8	2.6	2.6	2.6	2.6	2.6	2.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.9	3.7	3.7	4.7	4.8	4.9	4.9	
Investitionsrechnung	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Ausgaben	7.3	7.8	9.2	8.2	6.8	6.6	6.6	-28.2%
Einnahmen	0.9	0.1	2.2	0.0	0.0	0.0	0.0	-98.4%
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	6.4	7.8	7.0	8.2	6.7	6.5	6.5	
Staatsbeiträge	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	9.8	1.8	2.3	3.3	3.3	3.3	3.4	48.1%
Ertrag	0.1	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	4.9%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	9.6	1.5	2.0	3.0	3.0	3.1	3.1	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	-	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.0%
Einnahmen	0.1	-	-	-	-	-	-	0.0%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.1	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	

2 Bildung

IFAP 2007-2011

Grundauftrag und Veränderungen**Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung****Grundauftrag****21 Volksschule**

- Vollzug der gesetzlichen Vorgaben und staatliche Aufsicht im Bereich der Volksschulen
- Enge Zusammenarbeit mit den kantonalen Dienststellen und den kommunalen Schulen
- Weiterentwicklung der Volksschulen und deren Anpassung an die aktuellen Erfordernisse

22 Sonderschulen

- Schulung und Förderung von behinderten Kindern und Jugendlichen

23 Berufsbildung

- Berufliche Grundbildung (Berufslehren, Berufsmatura, Fachmatura), Höhere Berufsbildung (Berufs- und Höhere Fachprüfungen, Höhere Fachschulen), berufsorientierte und allgemeine Weiterbildung sowie Berufs- und Studienberatung.
- Vollzug der Berufsbildungsgesetzgebung und die laufende Weiterentwicklung des Angebots bzw. der Qualität.
- Im Sinne der Verbundpartnerschaft arbeitet sie eng mit den Organisationen der Arbeitswelt (Berufsverbände usw.) zusammen.

25 Allgemeinbildende Schulen

- Vollzug des eidgenössischen Maturitätsanerkennungsreglements und kantonalen Vorgaben im Bereich der Mittelschulen und im Sportbereich
- Qualitätsicherung und Weiterentwicklung der Gymnasialbildung

27 Hochschulen und Forschung

- Enge Zusammenarbeit mit eidgenössischen und kantonalen Behörden, mit Konkordaten und Hochschulgremien
- Zuständig für die Qualitätssicherung und die Weiterentwicklung bei den Hochschulen auf dem Platz Luzern

29 Übriges Bildungswesen

- Verantwortlich für Erziehung, Bildung, Wissenschaft und Forschung, Berufs- und Studienberatung, die schulischen Dienste und das Personalwesen der Lehrpersonen.

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
21 Volksschule	Organisation und Entwicklung Volksschulbildung, Teil Staatsbe...	Amt für Volksschulbildung	BKD
	Lehrmittel	Lehrmittelverlag/DMZ	FD
	Drucksachen-/Materialzentrale	Lehrmittelverlag/DMZ	FD
22 Sonderschulen	Lern- u. Geistigbehinderter	HPZ Hohenrain	BKD
	Hör- u. Sprachbehinderter	HPZ Hohenrain	BKD
	Gemeinwirtsch. Dienstleistungen	HPZ Hohenrain	BKD
	Förderung Kinder und Jugendlicher	HPZ Sunnebüel	BKD
	Förderung Erwachsene	HPZ Sunnebüel	BKD
	Dienstleistungen	HPZ Sunnebüel	BKD
	Teil Sonderschule der Leistungsgruppe „Soziale Massnahmen“	Kantonales Sozialamt	GSD
	Staatsbeiträge an ausserkantonale und private Sonderschulen	Amt für Volksschulbildung	BKD
23 Berufsbildung	Landwirtschaftliche Bildung	LBBZ Hohenrain	BKD
	Dienstleistungen	LBBZ Hohenrain	BKD
	Landwirtschaftliche Bildung	LBBZ Schüpfheim	BKD
	Dienstleistungen	LBBZ Schüpfheim	BKD
	Milchwirtschaftliche Bildung	Milchwirtsch. Bildungszentrum	BKD
	Dienstleistungen	Milchwirtsch. Bildungszentrum	BKD
	Ausbildungsbeiträge	Amt für Berufsbildung	BKD
	Ausbildungsbeiträge	Departementssekretariat BKD	BKD
	Grundbildung	Je drei Leistungsgruppen für: - Berufsbildungszentrum Emmen	BKD
	Weiterbildung	- Berufsbildungszentrum Luzern - Berufsbildungszentrum Sursee	BKD
	Dienstleistungen	- Berufsbildungszentrum Willisau - Mittelschulzentrum Luzern	BKD
	Höhere Fachschule für Tourismus	Höhere Fachschule für Tourismus	BKD
	Ausbildungszentrum für Gesundheitsberufe	Ausbildungszentrum für Gesundheitsberufe	BKD
	Grundbildung/Weiterbildung	Bildungszentrum für Hauswirtschaft	BKD
	Dienstleistungen	Bildungszentrum für Hauswirtschaft	BKD
	Hochschule für Gestaltung und Kunst	Hochschule für Gestaltung und Kunst	BKD
25 Allgemeinbildende Schulen	Mittelschulbildung	Je beide Leistungsgruppen für: - Kantonsschule Beromünster	BKD
	Gemeinwirtschaftliche Dienstleistungen	- Kantonsschule Luzern - Kantonsschule Reussbühl - Kantonsschule Schüpfheim - Kantonsschule Sursee - Kantonsschule Willisau - Kantonale Mittelschule Seetal - Pädagogisches Zentrum Musegg	
27 Hochschule und Forschung	Ist 2007 noch nicht WOV	Religionspädagogisches Institut	BKD
	Staatsbeiträge an FHZ, PHZ, Uni Luzern und Beiträge gemäss Interkantonaler Universitätsvereinbarung (IUV)	Departementssekretariat BKD	BKD

29 Übriges Bildungswesen	Departementssekretariat BKD	Departementssekretariat BKD	BKD
	Organisation und Entwicklung Volksschulbildung (exkl. Staatsbeitrag)	Amt für Volksschulbildung	BKD
	Personaladministration	Amt für Volksschulbildung	BKD
	Fachstelle für Schulevaluation	Fachstelle für Schulevaluation	BKD
	Fachstelle für Schulberatung	Fachstelle für Schulberatung	BKD
	Berufsbildung	Amt für Berufsbildung	BKD
	Brückenangebote	Amt für Berufsbildung	BKD
	Information	Berufs- und Studienberatung	BKD
	Beratung	Berufs- und Studienberatung	BKD

Legislaturprogramm 2003-2007

Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen. Aussagen zur Funktion 2 sind im Kapitel VII. "Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm" (Ziffer 9) enthalten.

Generelle Entwicklung

Alle Bereiche des Bildungs- und Kulturdepartements sind vom Projekt „Reform 06“ tangiert (Strukturreform BKD und „eine Hochschule Zentralschweiz“). Die Teil-Projekte haben primär Einfluss auf die Struktur (Organisation) und teilweise auch auf die Leistungserbringung des BKD. Da die laufenden Vorhaben noch nicht abgeschlossen und bewilligt sind, werden sie im Folgenden nicht mehr explizit erwähnt.

21 Volksschule / 22 Sonderschulen

Die Luzerner Volksschulen sehen sich in den nächsten Jahren mit drei grossen Herausforderungen konfrontiert, die nicht schulbedingt sind: Die Klassen werden in ihrer Zusammensetzung noch heterogener. Die Zahl der Lernenden sinkt in zahlreichen Gemeinden teilweise rasch, was die heutige Schulorganisation und Schulstruktur verändern kann. Die finanzpolitischen Veränderungen (NFA Bund – Kanton, Aufgabenteilung Kanton – Gemeinden) haben Auswirkungen auf die Finanzierung und Steuerung der Volksschulen, insbesondere der Sonderschulen und der Förderangebote. Neben diesen drei ausserschulischen Einflussfaktoren beeinflusst auch die Nachdefinition der Bildungsziele und Bildungsinhalte längerfristig die Schulentwicklung.

Die entsprechenden Entwicklungsarbeiten werden im Projekt „Schulen mit Zukunft“ geleistet, das von allen an der Volksschule beteiligten Partnern getragen wird. In den nächsten Jahren stehen drei Teilprojekte im Zentrum der Projektarbeiten: „Elementare Bildung“, „Lehren und Lernen“ sowie „Basisstufe“. Verschiedene Arbeiten werden interkantonal geleistet, womit das Ziel der interkantonalen Harmonisierung angestrebt werden soll.

23 Berufsbildung

Die Berufsbildung im Kanton Luzern steht in den nächsten Jahren vor grossen Herausforderungen; es geht darum, das Leistungsangebot den immer dynamischeren Entwicklungen in der Arbeitswelt anzupassen und die Attraktivität der Berufsbildung als dualer Ausbildungsweg zu erhalten oder gar noch zu steigern. Wir wollen dieses Ziel erreichen, indem wir die Strukturen der Berufsbildung optimieren und dadurch Ressourcen für die Realisierung der Berufsbildungsreform (in den nächsten Jahren neue Bildungsverordnungen in über 150 Berufen!) freispielnen. Durch die Neuzuteilung der Berufe an die Berufsfachschulen sollen diese zu berufsfeldorientierten Kompetenzzentren ausgebaut werden. Damit können der vorhandene Schulraum bestmöglich genutzt und Synergien erzielt werden. Die departementsinterne Organisation der Berufsfachschulen wird gestrafft und vereinfacht. Inhaltlich steht der qualitative Ausbau der Verbundpartnerschaft im Vordergrund, insbesondere die flexible Zusammenarbeit der Lernorte Betrieb, Berufsfachschule und überbetriebliche Kurse in den einzelnen Berufen. Ein zweiter Schwerpunkt ist die Ausgestaltung des Übergangs zwischen der Sekundarstufe I und der Berufsbildung.

25 Allgemeinbildende Schulen (Mittelschulen)

Gymnasien und Seminarien haben eine Phase grosser Umstrukturierungen hinter sich, die zum Teil abgeschlossen sind und sich zum Teil in der Konsolidierung befinden: MAR-Reform, Verkürzung der gymnasialen Ausbildung, Einführung von Kurzzeitgymnasien, Umwandlung der Seminarien in Gymnasien bzw. Fusion einzelner Schulen. Für die kommenden Jahre besteht die Herausforderung für die Mittelschulen darin, einerseits die schulorganisatorischen und inhaltlichen Umstrukturierungen zu festigen und andererseits die Qualität der Schulen innovativ weiter zu entwickeln mit dem Ziel, die Potenziale der Lehrenden und Lernenden verstärkt zu nutzen und im Rahmen des Lehr- und Lernprozesses zur Entfaltung zu bringen. Die Schulen werden sich also künftig auf ihr Kerngeschäft konzentrieren und aufgrund konkreter Innovationsprojekte Unterrichtsentwicklung betreiben. Bei dieser Reformarbeit werden die einzelnen Schulen als Motor ins Zentrum der Entwicklung gestellt. Gleichzeitig sollen kantonale Rahmenbedingungen und Unterstützungs- bzw. Anreizsysteme geschaffen werden, um die in Gang gesetzten Innovationen im Bereich des Unterrichts auf breiter Basis zu fördern.

27 Hochschule und Forschung

Der Hochschulbereich wird in den nächsten Jahren von bedeutenden Struktur- und Infrastrukturprojekten geprägt sein: die Bereitstellung des Postbetriebsgebäudes für Universität und PHZ Luzern, die Weiterentwicklung der bestehenden rechtlichen und finanziellen Strukturen von FHZ und PHZ sowie deren Kooperation mit der Universität. Weiterhin soll ein Masterplan für die HGK deren strategische Entwicklung durch eine angemessene Infrastruktur sichern.

Indikatoren und Kenngrössen	2007	2008	2009	2010	2011
21 Volksschule					
Entwicklung der SchülerInnen-Zahl					
Kindergarten	4900	4800	4700	4700	4700
Primarschule	27900	27300	26700	26100	25500
Sekundarstufe I	11800	11900	12000	12000	11900
Entwicklung durchschnittliche Klassengrösse					
Kindergarten	17.9	17.8	17.7	17.6	17.5
Primarschule	19.8	19.7	19.6	19.5	19.5
Sekundarstufe I	18	18	17.9	17.9	17.8
22 Sonderschulen					
Anzahl Sonderschüler in kant. Sonderschulen	350	315	310	305	290
Anzahl Sonderschüler in übrigen Sonderschulen	550	535	520	505	490
23 Berufsbildung					
Anzahl Lernende in beruflicher Grundbildung	12101	12161	12221	12281	12281
Anzahl Lernende BM	1857	1895	1932	1971	2011
Berufsmaturitätsquote	12.91%	13.45%	13.14%	13.72%	13.90%

25 Allgemeine Schulbildung (Mittelschulen)					
Entwicklung Schülerinnenzahl	5800	5800	5800	5750	5700
Entwicklung durchschnittliche Klassengrösse	19.9	19.9	19.9	19.8	19.7
Maturitätsquote	19.5%	20.0%	20.5%	20.5%	20.5%
27 Hochschule und Forschung					
Entwicklung Studierende FHZ (BA EFP 07-11)	3'045	3'075	3'065	3'090	3'130
Entwicklung Studierende FHZ (MA EFP 07-11)	25	125	420	620	680
Kosten pro Studierende BA (ohne Infra, EFP 07-11)	29'435	29'465	29'094	28'974	29'130
Kosten pro Studierende MA (ohne Infra, EFP 07-11) geplant, nicht bewilligt	42'358	34'076	32'704	32'722	32'978
Entwicklung Studierendenzahl Uni Luzern	1'985	2'195	2'365	2'435	2'485
Betreuungsverhältnis Professoren / Studierende Uni Luzern über alle Fakultäten	1:54 Ø				1:60 Ø
Luzerner Studierende an ausserkantonalen Universitäten	2'400	2'450	2'490	2'540	2'580
Entwicklung Studierendenzahl PHZ-Luzern (inkl. VBK)	949	972	975		
Durchschnittliche Kostenabgeltungs-Pauschale pro Studierende(r) PHZ (Keine längerfristigen Planzahlen vorhanden)	31'000				
Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2006-2010					
Laufende Rechnung	2007	2008	2009	2010	2011
- Aufwand					
IFAP 2006-2010	724.9	740.6	751.9	766.3	
IFAP 2007-2011	732.2	752.0	762.3	771.0	782.8
Veränderung	-7.3	-11.4	-10.4	-4.7	
- Ertrag					
IFAP 2006-2010	190.6	192.4	194.3	196.1	
IFAP 2007-2011	197.3	164.7	166.7	168.6	170.5
Veränderung	-6.7	27.7	27.6	27.5	
Begründung:					
- Die Entwicklung von Aufwand und Ertrag für die Berufsbildung ist im Budget 2007 höher ausgefallen als im IFAP 2006-2010 angenommen.					
- Der Bildungsbereich ist von der Finanzreform 08 (Kantonalisierung der städtischen Mittelschulen und Wegfall der Gemeindebeiträge an die Fachmittelschulen) und von der NFA (Sonderschule, Wegfall der Finanzkraft bei diversen Bundesbeiträgen) stark betroffen. Diese Veränderungen bedeuten Mehraufwand und Mindererträge und waren im IFAP 2006-2010 noch nicht berücksichtigt.					
Investitionsrechnung	2007	2008	2009	2010	2011
- Ausgaben					
IFAP 2006-2010	42.3	37.9	37.1	37.1	
IFAP 2007-2011	52.3	37.5	36.9	36.9	35.6
Veränderung	-10.0	0.4	0.2	0.2	
- Einnahmen					
IFAP 2006-2010	10.1	2.1	2.1	2.1	
IFAP 2007-2011	17.6	0.4	0.4	0.4	0.4
Veränderung	-7.5	1.7	1.7	1.7	
Begründung:					
- In den Planrechnungen trägt die Funktion „Bildung“ 40 Prozent der Ausgaben und Einnahmen der kantonalen Hochbauten. Im Budget 2007 sind der Kaufpreis des ehemaligen Postbetriebsgebäudes von 42,2 Mio. Fr. und ein Bundesbeitrag von 21,9 Mio. Fr. enthalten. Durch diese im IFAP 2006-2010 nicht vorgesehene Beträge erhöhen sich die Investitionsausgaben und –einnahmen für das Jahr 2007.					
Staatsbeiträge gesamt	2007	2008	2009	2010	2011
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2006-2010	373.8	385.6	392.8	402.6	
IFAP 2007-2011	382.5	385.0	390.8	394.7	399.7
Veränderung	-8.7	0.6	2.0	7.9	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2006-2010	104.4	106.4	107.2	108.2	
IFAP 2007-2011	109.4	75.1	76.1	77.1	78.1
Veränderung	-5.0	31.3	31.1	31.1	
Begründung:					
- Die Kostenentwicklung in der tertiären Bildung ab 2008 ist weniger stark als im IFAP 2006-2010 angenommen.					
- Durch die wegfallenden IV-Beiträge an die Sonderschulen, die wegfallenden Gemeindebeiträge an die Fachmittelschulen und die Abschaffung von finanzkraft-abhängigen Zahlungen im Rahmen der NFA sind die eingehenden Staatsbeiträge ab 2008 rückläufig. Im IFAP 2006-2010 waren diese Entwicklungen noch nicht abgebildet.					

Vorhaben und Projekte		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskos- ten 2008-2011 in Mio. Franken	Investitionskosten 2008-2011 in Mio. Franken
Beschlossene / einberechnete Vorhaben				
2.1.1/07	Beschlossene Projekte im Volksschulbereich a) Projekt Englisch Primarstufe b) Weiterentwicklung sonderpädagogische Förderung c) Ergänzung der länger dauernden Weiterbildung d) Wegfall Beiträge an Informatikausrüstung Primarschulen	Bis 2011 2008-11 2008-11 2010	-0,8 0,4 1,0 -0,5	
2.1.2/07	Kantonale Mittelschulen: Steuerungsmassnahmen und Erhöhung der Klassenzahlen (unten stehende Tabelle zeigt die gesamten Kosten)			
		2007 2008 2009 2010 2011		
	Kantonsschule Luzern	30,5 29,8 29,3 29,3 29,3		-4,3
	Kantonsschule Reussbühl	13,7 14,1 14,3 14,3 14,3		2,2
	Kantonsschule Schüpfheim	3,4 3,6 3,6 3,6 3,6		0,8
	Pädagogischen Ausbild Zentrum Musegg	10,4 10,8 11,4 11,8 12,2		4,6
	Beitrag Gymnasium St. Clemens	1,6 2,4 3,2 3,2 3,2		5,6
2.1.3/07	Zusatzaufwand zur Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes		2008-11	1,6
2.1.4/07	Finanzreform 08: a) Kantonalisierung der städtischen Mittelschulen b) Wegfall der Gemeindebeiträge an die Fachmittelschulen	ab 2008 ab 2008	42,4 12,8	
2.1.5/07	Mehrkosten zur Realisierung der Höheren Fachschule Gesundheit Zentralschweiz		2008-11	1,2
2.1.6/07	Erhöhung der Einsparungen aus der Reorganisation der Berufsfachschulen und der Dienststellen		2008-11	-1,7
2.1.7/07	Reduktion der Mittel für Informatikeinsatz in den Schulen		2009-11	-1,8
2.1.8/07	Höhere Beiträge in der Berufsbildung bzw. andere Schulabkommen (unten stehende Tabelle zeigt die gesamten Kosten):			
		2007 2008 2009 2010 2011		
	Schulabkommen	20,0 21,0 22,5 24,5 26,1		14,1
	Berufsfachschulen	22,5 23,2 23,9 24,6 25,3		7,0
	Beiträge Lehrabschlussprüfungen	6,5 6,8 7,2 7,5 7,9		3,4

Vorhaben und Projekte					
		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskos- ten 2008-2011 in Mio. Franken	Investitionskosten 2008-2011 in Mio. Franken	
2.1.9/07	Mehrkosten in der tertiären Bildung (unten stehende Tabelle zeigt die ganzen Kosten):				
		2007 2008 2009 2010 2011			
IUV-Beiträge an andere Kantone	40,5	41,7	42,9	44,1	45,4
Staatsbeitrag an FHZ	34,7	32,7	32,7	32,7	32,7
Globalbudget an Uni Luzern	8,6	8,8	9,8	10,6	11,6
IUV-Äquivalente an Uni Luzern	5,8	5,8	6,1	6,5	7
Staatsbeitrag an PHZ	26,7	27,7	27,7	28,7	28,7
2.1.10/07	NFA; Änderungen im Bildungsbereich				
a)	Wegfall Bundesbeiträge an Ausbildungsbeiträge Sekundarstufe II	Ab 2008	9,6		
b)	Wegfall Finanzkraftzuschläge des Bundes für Ausbildungsbeiträge Tertiärstufe	Ab 2008	5,1		
c)	Wegfall Bundesbeiträge an Ausbildungsstätten für das Fachpersonal der Sozialberufe	Ab 2008	10		
d)	Wegfall Bundesbeiträge an Sonderschulung (Nettoanteil Kanton)	Ab 2008	84,8		
e)	Wegfall Finanzkraftzuschläge des Bundes für Beiträge an Berufsbildung	Ab 2008	18,4		
2.1.11/07	Reform 06: Massnahmen im Bereich Bildung				
a)	Hochschule Luzern-Zentralschweiz (Teilprojekt 3)	2010-11	-6		
b)	Strukturreform BKD (Teilprojekte 4-6)	2008-11	-12,2		
c)	Personalwesen zentralisieren (Teilprojekt 15)	2008-11	-0,4		
2.1.12/07	Reduktion der Staatsbeiträge an Berufsschulbauten	2008-11		-1,8	
2.1.13/07	Reduktion der Informatikinvestitionen für Schulen und Verwaltung	2009-11		-1,8	
2.1.14/07	Kantonale Mittelschulen, Mittelerhöhung für Projekt Qualitätssicherung und –entwicklung (QSE)	2008-11	1		
<i>Die Minderkosten aufgrund der rückläufigen Schülerzahlen in der Volkschule werden in der Planperiode durch die vorgesehene Teuerung von jährlich 1,2 Prozent kompensiert. Der Staatsbeitrag an die Gemeinden wird deshalb bis 2011 auf dem Niveau Budget 2007 eingefroren.</i>					

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskos- ten 2008-2011 in Mio. Franken	Investitionskosten 2008-2011 in Mio. Franken
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet, Berücksichtigung der Hochbauten gemäss Kapitel X.)			
2.2.1/07 Projekt Lohnwirksame Beurteilung von Lehrpersonen	2008-11	2	
2.2.2/07 Schulnetz im Kanton Luzern (mögliche Ablösung des Swisscom-Gratis-Angebots)	ab 2010		3,6
2.2.3/07 Geplante Projekte im Volksschulbereich a) Leistungsmessung in der obligatorischen Schulzeit b) Anpassung des Schulpools c) Familienergänzende Betreuungsangebote d) Ergänzung der länger dauernden Weiterbildung	ab 2008 ab 2008 ab 2008 ab 2008	1,2 4 8,1 1,5	
2.2.4/07 Erhöhung des Staatsbeitrags an die FHZ aufgrund der geplanten Einführung von Masterlehrgängen	2009-11	11,6	
2.2.5/07 Mehrkosten für Umsetzung ICT an den Berufsfachschulen	2008-11	0,6	
2.2.6/07 Umnutzung Postgebäude zur Universität und PHZ Luzern (Bruttoinvestitionen exkl. Kauf 100 Mio. Fr., davon rund 47 Prozent von Dritten finanziert)	2007-12		100
2.2.7/07 PHZ Luzern: - Musegg, Einbau Naturwissenschaftlicher Schulzimmer - Neubau Turnhalle Allmend	2008-09 2010		1,3 3
2.2.8/07 Sentimatt Luzern: - HWV-Trakt: Sanierung oder Ersatzbau - Ausbau / Erweiterung HGK	2007-08 2007-12		2,3 14,8
2.2.9/07 Berufsschulen: - Investitionen aufgrund der Berufsschulplanung, Variante SMART - Berufsschule Sursee, Neubau 3-fach Turnhalle	2007-10 2007-09		9,1 8
Gesetzesänderungen			
2.3.1/07 Mantelerlass der Gesetzesänderungen Finanzreform 08	2008		
2.3.2/07 Volksschulbildungsgesetz	2008		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Aufwand	693.5	697.3	732.2	752.0	762.3	771.0	782.8	6.9%
Ertrag	197.6	189.0	197.3	164.7	166.7	168.6	170.5	-13.6%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	495.9	508.3	534.9	587.3	595.7	602.4	612.2	
21 Volksschule								
Aufwand	161.3	159.6	157.9	155.9	155.5	155.9	156.3	
Ertrag	18.0	18.8	20.7	20.1	20.3	20.6	20.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	143.2	140.8	137.2	135.8	135.2	135.3	135.5	
22 Sonderschulen								
Aufwand	77.8	76.9	79.0	80.9	81.9	82.8	83.8	
Ertrag	55.7	56.1	51.6	31.8	32.4	33.0	33.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	22.0	20.8	27.4	49.1	49.5	49.8	50.2	
23 Berufsbildung								
Aufwand	174.5	171.6	185.2	189.9	193.7	198.0	202.1	
Ertrag	69.8	58.4	66.3	59.6	60.1	60.6	61.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	104.7	113.2	118.9	130.3	133.6	137.4	141.1	
24 Lehrerausbildung								
Aufwand	22.5	20.8	-	-	-	-	-	
Ertrag	6.0	4.4	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	16.5	16.4	-	-	-	-	-	
25 Allgemeinbildende Schulen								
Aufwand	119.5	115.8	133.1	146.2	149.1	151.3	153.5	
Ertrag	41.8	40.8	45.3	41.1	41.6	42.0	42.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	77.7	75.0	87.7	105.1	107.6	109.3	111.0	
27 Hochschule und Forschung								
Aufwand	101.5	112.1	123.0	123.5	126.0	126.6	129.5	
Ertrag	2.7	5.7	3.2	1.7	1.7	1.8	1.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	98.8	106.4	119.9	121.7	124.3	124.9	127.7	
29 Übriges Bildungswesen								
Aufwand	36.5	40.8	54.0	55.6	56.0	56.4	57.5	
Ertrag	3.5	4.9	10.3	10.4	10.5	10.7	10.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	33.0	35.9	43.8	45.2	45.5	45.7	46.7	
Investitionsrechnung	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Ausgaben	39.6	33.4	52.3	37.5	36.9	36.9	35.6	-31.9%
Einnahmen	6.8	2.1	17.6	0.4	0.4	0.4	0.4	-97.6%
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	32.8	35.8	34.7	37.0	36.4	36.4	35.2	

Staatsbeiträge	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	315.8	350.2	377.3	380.2	386.0	389.9	396.2	5.0%
Ertrag	83.7	102.1	109.4	75.1	76.1	77.1	78.1	-28.6%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	232.1	248.1	267.9	305.2	309.9	312.8	318.0	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	5.5	3.8	5.2	4.8	4.8	4.8	3.5	-32.7%
Einnahmen	0.3	1.5	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	5.2	2.3	5.2	4.8	4.8	4.8	3.5	

3 Kultur und Freizeit

IFAP 2007-2011

Grundauftrag und Veränderungen

Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung

Grundauftrag

30 Kulturförderung

- Führung der kantonalen Museen
- Sicherung der wissenschaftlichen bibliothekarischen Versorgung für die Hochschulen und die allgemeine Bevölkerung durch die Zentral- und Hochschulbibliothek und den Informationsverbund Deutschschweiz Luzern
- Die Kultur- und Jugendförderung gewährleistet die Wahrnehmung des staatlichen Auftrages im Bereich der Kulturförderung und -vermittlung, der ausserschulischen Kinder- und Jugendförderung sowie der Medienpolitik.

31 Denkmalpflege und Heimatschutz

- Zuständig für Belange der Denkmalpflege und Archäologie
- Sicherung und Vermittlung des Luzerner historischen und naturwissenschaftlichen Erbes und Bestandes

34 Sport

- Förderung von Bewegung und Sport

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
30 Kulturförderung	Zentral- und Hochschulbibliothek	Zentral- und Hochschulbibliothek	BKD
	Naturmuseum	Naturmuseum	BKD
	Historisches Museum	Historisches Museum	BKD
	Teil Kulturförderung	Departementssekretariate BKD/FD	BKD/FD
31 Denkmalpflege und Archäologie	Denkmalpflege	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	BKD
	Archäologie	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	BKD
34 Sport	Teil bisheriges Sportamt	Departementssekretariat BKD	BKD
39 Kirche	Teil Staatsbeitrag an kirchliche Institutionen	Departementssekretariat BKD	BKD

Legislaturprogramm 2003-2007

Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen.

Generelle Entwicklung

30 Kulturförderung

- Im Bereich der Kultur (Kulturförderung, Museen) und der ausserschulischen Jugendförderung geht es um das Aufgabenteilungsprojekt im Rahmen der Finanzreform 08 und um die damit verbundenen Anpassungen der politischen und rechtlichen Grundlagen, bei der Kulturförderung insbesondere auch um dauerhafte Trägerschafts- und Finanzierungslösungen für die grossen Kulturbetriebe wie Luzerner Theater, Luzerner Sinfonieorchester, sowie Kunstmuseum und Verkehrshaus.
- Die ausserschulische Jugendförderung soll im Rahmen der Reform 06 allenfalls in eine neu zu schaffende Stelle für Gesellschaftsfragen integriert werden. Außerdem sind wichtige Vorhaben die Sicherung der bibliothekarischen Versorgung durch Sanierung des ZHB-Gebäudes und Errichtung eines langfristigen Aussenlagers sowie die Sanierung und Neukonzeption des Naturmuseums.

31 Denkmalpflege und Archäologie

- Der Bereich der Denkmalpflege/Archäologie ist vom Aufgabenteilungsprojekt im Rahmen der Finanzreform 08 und von den damit verbundenen Anpassungen der politischen und rechtlichen Grundlagen betroffen.
- Die dringlichste Aufgabe wird die Schaffung der grundlegenden Dokumentationen zu Baudenkältern (Bauinventar) und Fundstellen (Fundstellenverzeichnis) sein.

34 Sport

- Der Bereich Sport und Sportförderung ist nach der umfassenden internen Reorganisation daran, seine Ausrichtung zu definieren und zu konsolidieren, Bestehendes weiterzuführen und zusammen mit der kantonalen Sportkommission die damit verbundenen Aufgaben und Zielsetzungen zu entwickeln. Wichtige Förderungsschwerpunkte sind: Qualität und Quantität im Schulsport, gezielte Sportförderung mit spezifischen Unterstützungsmaßnahmen und Unterstützung der allgemeinen Bemühungen um die Entwicklung des Breitensports.

Indikatoren und Kenngrössen	2007	2008	2009	2010	2011
30 Kulturförderung					
Anzahl Besucher kantonale Museen	78'000	79'000	80'000	80'000	80'000
Lastenausgleich Kultur Zentralschweizer Kantone		2 Mio.	2 Mio.	2 Mio.	2 Mio.
Zahl der unterstützten Kulturprojekte	400	300	300	350	350
31 Denkmalpflege und Archäologie (Heimatschutz?)					
Archäologische Untersuchungen	8	9	9	10	10

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2006-2010

Laufende Rechnung	2007	2008	2009	2010	2011
- Aufwand					
IFAP 2006-2010	45.2	45.7	46.2	46.7	
IFAP 2007-2011	44.7	47.2	48.8	50.4	52.0
Veränderung	0.5	-1.5	-2.6	-3.7	
- Ertrag					
IFAP 2006-2010	10.7	10.8	10.9	11.0	
IFAP 2007-2011	9.6	11.6	11.7	11.8	11.9
Veränderung	1.1	-0.8	-0.8	-0.8	

Begründung:					
- Gegenüber dem IFAP 2006-2010 entsteht ein Mehraufwand bei den Staatsbeiträgen für das Luzerner Theater und das Luzerner Sinfonieorchester (vgl. Ziffer 3.1.1 bei „Vorhaben und Projekte“). Dieser Mehraufwand wird durch ebenfalls im IFAP 2006-2010 nicht enthaltene Zahlungen im Rahmen des Lastenausgleichs Kultur teilweise kompensiert.					
Investitionsrechnung					
	2007	2008	2009	2010	2011
- Ausgaben IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	4.4 4.9 -0.5	4.0 3.8 0.2	4.0 3.8 0.2	4.0 3.8 0.2	3.8
- Einnahmen IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	0.6 1.3 -0.7	0.0 0.0 0.0	0.0 0.0 0.0	0.0 0.0 0.0	0.0
Begründung:					
- In den Planrechnungen trägt die Funktion „Kultur und Freizeit“ 3 Prozent der Ausgaben und Einnahmen der kantonalen Hochbauten. Im Budget 2007 sind der Kaufpreis des ehemaligen Postbetriebsgebäudes von 42,2 Mio. Fr. und ein Bundesbeitrag von 21,9 Mio. Fr. enthalten. Durch diese im IFAP 2006-2010 nicht vorgesehenen Beträge erhöhen sich die Investitionsausgaben und –einnahmen für das Jahr 2007.					
Staatsbeiträge gesamt	2007	2008	2009	2010	2011
- Aufwand/Ausgaben IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	16.0 16.0 0.0	16.2 18.2 -2.0	16.4 19.5 -3.1	16.5 20.7 -4.2	22.0
- Ertrag/Einnahmen IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	0.6 0.7 -0.1	0.6 2.5 -1.9	0.6 2.5 -1.9	0.6 2.5 -1.9	2.5
Begründung:					
- Der Aufwand für das Luzerner Theater und das Luzerner Sinfonieorchester erhöht sich durch die Finanzreform 08 und Leistungsausbau ab 2008 stärker als im IFAP 2006-2010 angenommen. - Wir rechnen neu ab 2008 mit Zahlungen der anderen Kantone ihm Rahmen des Lastenausgleichs Kultur.					

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2008-2011 in Mio. Franken	Investitionskosten 2008-2011 in Mio. Franken
Beschlossene / einberechnete Vorhaben			
3.1.1/07 Mehraufwand Staatsbeiträge für das Luzerner Theater und das Luzernen Sinfonieorchester a) durch Finanzreform 08 b) durch Leistungsausbau	ab 2008 2009-11	9,2 6,4	
3.1.2/07 Neue Beiträge anderer Kantone an den Lastenausgleich Kultur	2008-11	-8	
3.1.3/07 NFA, Wegfall Finanzkraftzuschläge des Bundes für Beiträge an Denkmalpflege	ab 2008	0,6	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet, Berücksichtigung der Hochbauten gemäss Kapitel X.)			
3.2.1/07 Zentral- und Hochschulbibliothek, Mehrkosten aufgrund der Weiterentwicklung zum Informationsverbund Luzern- Zentralschweiz	2008-11	7,6	
3.2.2/07 Finanzreform 08, neue Angebote für a) Bauinventar über die schutzwürdigen Bauobjekte b) Fundstellenverzeichnis Archäologie	2008-11 2008-11	1,6 0,8	
3.2.3/07 Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern, Sanierung und Erweiterung	2007-12		15,3
Gesetzesänderungen			
3.3.1/07 Mantelerlass der Gesetzesänderungen Finanzreform 08	2008		
3.3.2/07 Denkmalpflegegesetz	2008		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Aufwand	52.7	44.7	44.7	47.2	48.8	50.4	52.0	16.3%
Ertrag	14.6	10.5	9.6	11.6	11.7	11.8	11.9	24.1%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	38.1	34.1	35.1	35.6	37.1	38.5	40.0	
30 Kulturförderung								
Aufwand	40.7	36.4	36.6	39.1	40.6	42.1	43.7	
Ertrag	9.0	8.7	8.8	10.9	11.0	11.1	11.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	31.7	27.7	27.8	28.2	29.6	31.0	32.4	
31 Denkmalpflege und Heimatschutz								
Aufwand	6.7	6.6	6.5	6.5	6.6	6.6	6.6	
Ertrag	0.5	0.3	0.3	0.2	0.2	0.2	0.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	6.2	6.2	6.1	6.3	6.3	6.4	6.4	
34 Sport								
Aufwand	5.0	1.4	1.2	1.3	1.3	1.3	1.3	
Ertrag	5.1	1.4	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.1	-0.1	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8	
39 Kirche								
Aufwand	0.3	0.3	0.3	0.3	0.4	0.4	0.4	
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.3	0.3	0.3	0.3	0.4	0.4	0.4	
Investitionsrechnung	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Ausgaben	2.6	3.8	4.9	3.8	3.8	3.8	3.8	-22.1%
Einnahmen	0.5	0.0	1.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-98.4%
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	2.2	3.8	3.6	3.8	3.8	3.8	3.8	
Staatsbeiträge	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	16.3	14.1	14.3	16.5	17.8	19.0	20.3	41.5%
Ertrag	0.7	0.6	0.7	2.5	2.5	2.5	2.5	284.4%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	15.6	13.5	13.7	14.0	15.2	16.5	17.7	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	0.3	1.8	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7	0.0%
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.3	1.8	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7	

4 Gesundheit

IFAP 2007-2011

Grundauftrag und Veränderungen

Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung

Grundauftrag

40 / 42 Spitäler und Psychiatrische Kliniken

- Stationäre Versorgung der Patientinnen und Patienten aus dem Kanton Luzern. Als Zentrumsversorgung gelten jene Leistungen, die in der Regel durch ein Spital oder eine Klinik für den ganzen Kanton und aufgrund von Vereinbarungen auch für benachbarte Kantone erbracht werden. Als Grundversorgung gelten alle Versorgungstypen, welche nicht der Zentrumsversorgung zugeordnet sind.
- Angebot von diagnostischen, therapeutischen, medizinischen und pflegerischen Dienstleistungen. Medizinische Leistungen werden in der Regel auf Zuweisung durch einen praktizierenden Versorger erbracht, dies gilt auch für Notfälle.
- Es wird kein poliklinischer Betrieb geführt.
- Vorbereitung der internen Organisation zur Betreuung der Betroffenen in einem Katastrophenfall.
- Leistungserbringung an Personal und Dritte durch Kostenabgeltung zu Marktpreisen.
- Erteilung von Kostengutsprachen für ausserkantonale Hospitalisation.

45 Krankheitsbekämpfung

- Beaufsichtigung des öffentlichen Gesundheitswesens mit Prävention und Gesundheitsförderung, inkl. Sucht- und Infektionskrankheiten.

47 Lebensmittelkontrolle

- Überwachung von Lebensmittelbetrieben und dazugehörend Untersuchung von Lebensmitteln, Trinkwasser und Gebrauchsgegenständen.
- Überwachung der öffentlichen Badebetriebe mit künstlichen Becken.
- Bewilligung, Beratungs-, und Auskunftsauflagen im Bereich der Lebensmittelproduktion.
- Vollzug der Lebensmittel- und Gesundheitsgesetzgebung.
- Schutz und Sicherheit im Umgang mit Heilmitteln und Chemikalien.

49 Übriges Gesundheitswesen

- fachliche Betreuung der Schul- und Amtsärzte und der Schulzahnpflege.
- Begutachtung zahnärztliche und zahntechnische Kostenvoranschläge und Rechnungen.
- Vorsorge und Bewältigung von ausserordentlichen Ereignissen, resp. Bereitstellung von sanitätsdienstlichen Mitteln.
- Vollzug der Heilmittelgesetzgebung.
- Erteilung von Bewilligungen für Medizinalpersonen und für die Ausübung anderer Berufe im Gesundheitswesen.

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
40 Spitäler	Alle 12 Leistungsgruppen des Kantonsspitals Luzern (KSL)	Kantonsspital Luzern (KSL)	GSD
	Medizin	Kantonales Spital Sursee-Wolhusen (KSSW)	GSD
	Chirurgie		
	Gynäkologie und Geburtshilfe		
	Weitere ambulante und fallunabhängige Leistungen		
	Rehabilitation	Luzerner Höhenklinik Montana (LHM)	GSD
	Akutsomatische Versorgung		
	Fallunabhängige Leistungen		
	Ausserkantonale Hospitalisationen	Kantonsärztlicher Dienst	GSD
42 Psychiatrische Kliniken	Stationäre Dienste Erwachsenenpsychiatrie	Luzerner Psychiatrie (LUPS)	GSD
	Ambulante Dienste Erwachsenenpsychiatrie		
	Stationäre und ambulante Dienste Kinder- und Jugendpsychiatrie		
	Fallunabhängige Leistungen		
45 Krankheitsbekämpfung	Diverse Staatsbeiträge	Departementssekretariat GSD	GSD
47 Lebensmittelkontrolle	Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz	Amt für Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz	GSD
49 Übriges Gesundheitswesen	Departementsführung und Dienstleistungen	Departementssekretariat GSD	GSD
	Gesundheitsschutz und -förderung	Kantonsärztlicher Dienst	GSD
	Gesundheitsvorsorge	Kantonsapotheke	GSD
	Sanitätsnotruf 144	Kantonsspital Luzern (KSL)	GSD

Legislaturprogramm 2003-2007

Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen. Aussagen zur Funktion 4 sind im Kapitel VII. "Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm" (Ziffer 10) enthalten.

Generelle Entwicklung

40 Spitäler / 42 Kliniken

Umsetzung Versorgungsplanung Gesundheit

Die in der Botschaft vorgeschlagenen Projekte sind im IFAP teilweise enthalten. Aufgrund der finanzpolitischen Vorgaben sind diese Massnahmen durch Prioritätensetzung im Rahmen der geplanten Globalbudgets zu realisieren.

Verselbständigung und Zusammenführung der Luzerner Spitäler/Kliniken (Stand Juni 2006)

Die öffentlichen Spitäler und Kliniken sollen zu zwei Unternehmen zusammengeführt werden. Sollte das Spitalgesetz vom Parlament oder Volk (Oblig. Referendum) abgelehnt werden, kann die geplante Verselbständigung der Spitäler und Kliniken nicht realisiert werden. Die Zusammenführung der Spitäler KSSW und KSL zu einem Betrieb für die somatische Versorgung (Luzerner Kantonsspitaler) soll aber – analog der Zusammenführung der psychiatrischen Kliniken zur Luzerner Psychiatrie per 1.4.2006 – auf dem Verordnungsweg (Dienststellenzusammenführung) vollzogen werden. Die Projektarbeiten für den Zusammenschluss der Luzerner Akutspitäler per 1.1.2008 sind aufgenommen. Beide Massnahmen (Verselbständigung und Zusammenführung) zielen in Richtung einer noch besseren Koordination und Planung der medizinischen Versorgung im Kanton Luzern. Damit kann die Bevölkerung weiterhin auf eine qualitativ und quantitativ sehr gute und effiziente Versorgung zählen. Ein weiteres erklärtes Ziel dieser Neuausrichtung ist, das Kostenwachstum positiv (d.h. geringeres Wachstum) zu beeinflussen, damit der Kanton Luzern im gesamtschweizerischen Kostenvergleich seine gute Position in der Gesundheitsversorgung auch in Zukunft halten kann.

Nach heutigem Wissenstand führt die Verselbständigung der Spitäler zu keinen unmittelbaren Mehr- oder Minderkosten. Die Bereitstellung eines Dotationskapitals stellt eine erfolgsneutrale Transaktion innerhalb der Bestandesrechnung dar. Wir haben deshalb im IFAP 2007-2011 auf die Berücksichtigung von Kostenfolgen aus dem geplanten Spitalgesetz verzichtet.

DRG-Modell

Auf den 1.1.2009 soll für die Spitalfinanzierung schweizweit ein neues, diagnosebezogenes Fallpauschalsensystem (Modell swiss-DRG) eingeführt werden. Das Gesundheits- und Sozialdepartement prüft, als Übergangslösung für 2008 bereits auf ein diagnosebezogenes Fallpauschalsensystem (Modell AP-DRG) umzustellen oder ob die bisherige Regelung (Tagespauschalen) vorerst noch beibehalten werden soll.

KVG-Revision

Die KVG-Revision, Teil Spitalfinanzierung, ist noch nicht abgeschlossen und die finanziellen Auswirkungen können zum heutigen Zeitpunkt noch nicht beifert werden.

45 Krankheitsbekämpfung

- Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention im Kanton Luzern
- Stärkung der interdepartementalen Zusammenarbeit in Gesundheitsförderung und Prävention
- „Bündnis gegen Depression“ Pilotprojekt 2007 + 2008
- Pandemieplan Kanton Luzern erarbeiten und à jour halten

47 Lebensmittelkontrolle

- In den nächsten Jahren ist im Bereich der eidgenössischen Lebensmittelgesetzgebung mit steigendem Aufwand auch für die Überwachung durch die Kantone zu rechnen. Dies ist eine Folge der Übernahme der diesbezüglichen EU-Verordnungen in schweizerisches Recht. Damit soll in der Schweiz dasselbe Schutzniveau wie in der EU erreicht werden, was eine zwingende Voraussetzung für die Exportfähigkeit unserer Lebensmittelbetriebe von der Primärproduktion (Landwirtschaft) bis zur Abgabe der Produkte an die Kundschaft darstellt.
- Die meisten Aufgaben im Bereich „Schutz und Sicherheit im Umgang mit Heilmitteln und Chemikalien“ sind durch bundesrechtliche Vorgaben begründet. Viel Spielraum besteht nicht. Lediglich bei der Marktkontrolle kann die Intensität der hoheitlichen Tätigkeit variiert werden. Diese hängt von den personellen Ressourcen ab.
- Neu ist ab 1.1.2007 die Schlachttieruntersuchung für alle Schlachttiere vorgeschrieben (bisher nur für erwachsene Rinder und Schafe). Zudem gelten erhöhte Anforderungen an die Hygieneüberwachung in allen Betrieben; neu muss der Kanton auch die Hygieneüberwachung in grossen Fleischzerlegern betreiben übernehmen, die bisher vom Bund durchgeführt wurde. Ebenfalls neu ist die Trichinenuntersuchung, die von der EU für alle Betriebe vorgeschrieben wird.
- Im Rahmen der Finanzreform 08 sollen die Lebensmittel- und die Fleischkontrolle auf den 1.1.2008 kantonalisiert werden.

49 Übriges Gesundheitswesen

fachliche Betreuung der Schul- und Amtsärzte und der Schulzahnpflege

- Schularzt- und Schulzahnarztwesen sind ab 1.1.2008 reine Gemeindeaufgabe ohne Verordnungskompetenz des Kantons. Damit entfallen alle unentgeltlich erbrachten Leistungen des GSD.
- Intensivierung von Fortbildungen für Amtsärzte

Begutachtung zahnärztliche und zahntechnische Kostenvoranschläge und Rechnungen

- Der Aufwand ist abhängig von der Anzahl EL-Beziehende, Asylsuchende und Flüchtlinge.

Vorsorge und Bewältigung von ausserordentlichen Ereignissen, resp. Bereitstellung von sanitätsdienstlichen Mitteln

- In den nächsten Jahren wird der Blaue Pool aufgebaut, ein Pool von gut ausgebildeten Feuerwehrsanitätern, die den professionellen Einsatzkräften im Rettungsdienst bei Grossereignissen zur Seite stehen.

Erteilung von Bewilligungen für Medizinalpersonen und für die Ausübung anderer Berufe im Gesundheitswesen

- Abnahme der Bewilligungen im Bereich nichtärztliche Alternativmedizin, da die Bewilligungspflicht für diese Tätigkeiten - mit Ausnahme der Akupunktur - auf den 1.1.06 aufgehoben wurde.
- Zunahme der Bewilligungen bei den Medizinalpersonen und den Berufen der Gesundheitspflege. Grund: Bilaterale Verträge und schlechte Wirtschaftslage.
- Erheblicher Aufwand im Rechtsdienst GSD durch den Zulassungsstop.

Indikatoren und Kenngrössen	2007	2008	2009	2010	2011
40 Spitäler Stationärer Bereich: Anzahl Pflegetage Ambulanter Bereich: Anzahl Taxpunkte	288 053 100 675 000	288 000 101 190 000	288 300 101 690 000	288 900 102 190 000	289 200 102 690 000
42 Psychiatrische Kliniken Stationärer Bereich: Anzahl Pflegetage Ambulanter Bereich: Anzahl Taxpunkte	107 150 5 907 000	107 800 5 960 000	107 950 6 010 000	107 950 6 030 000	108 000 6 100 000
47 Lebensmittelkontrolle Reaktionen bei Grenzwertüberschreitungen am gleichen Tag Anzahl Betriebsinspektionen	100 % 3 500	100 % 3 000	100 % 3 000	100 % 3 000	100 % 3 000

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2006-2010					
Laufende Rechnung	2007	2008	2009	2010	2011
- Aufwand IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	680.6 683.9 -3.3	692.5 694.1 -1.6	703.5 706.7 -3.2	714.9 720.1 -5.2	734.0
- Ertrag IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	410.0 432.5 -22.5	416.0 436.8 -20.8	422.3 444.2 -21.9	428.9 451.9 -23.0	459.7
Begründung:					
- Die Kosten für die Suchtheime werden neu der Funktion „45 Krankheitsbekämpfung“ belastet. Dadurch entsteht ein Mehraufwand gegenüber dem IFAP 2006-2010 von rund 2 Mio. Fr. Durch den Übertrag diverser Staatsbeiträge auf den Kantonsärztlichen Dienst sind neu auch die entsprechenden Mittel in der Funktion „Übriges Gesundheitswesen“ enthalten. Im Rahmen dieses Mehraufwands wird der Aufgabenbereich „Soziale Wohlfahrt“ entlastet.					
- Aufgrund des Rechnungsabschlusses 2005 konnten die Erträge bei den Spitälern und Kliniken nachhaltig erhöht werden. Dies führt zu einem Mehrertrag gegenüber dem IFAP 2006-2010.					
Investitionsrechnung	2007	2008	2009	2010	2011
- Ausgaben IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	60.7 71.0 -10.3	56.0 55.4 0.6	55.1 53.8 1.3	54.4 53.9 0.5	53.9
- Einnahmen IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	10.1 21.0 -10.9	0.5 0.3 0.2	0.5 0.3 0.2	0.5 0.3 0.2	0.3
Begründung:					
- In den Planrechnungen trägt die Funktion „Gesundheit“ 48 Prozent der Ausgaben und Einnahmen der kantonalen Hochbauten. Im Budget 2007 sind der Kaufpreis des ehemaligen Postbetriebsgebäudes von 42,2 Mio. Fr. und ein Bundesbeitrag von 21,9 Mio. Fr. enthalten. Durch diese im IFAP 2006-2010 nicht vorgesehenen Beträge erhöhen sich die Investitionsausgaben und –einnahmen für das Jahr 2007.					
Staatsbeiträge gesamt	2007	2008	2009	2010	2011
- Aufwand/Ausgaben IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	17.6 17.4 0.2	18.0 17.6 0.4	18.5 17.8 0.7	19.0 18.0 1.0	18.2
- Ertrag/Einnahmen IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	3.5 3.9 -0.4	3.5 1.3 2.2	3.6 1.3 2.3	3.6 1.3 2.3	1.3
Begründung:					
- Mit der NFA fällt ab 2008 der IV-Beitrag an das kantonale Wohnheim Sonnegarte in St. Urban weg. Dieser Ertragsausfall war im IFAP 2006-2010 nicht eingestellt.					

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2008-2011 in Mio. Franken	Investitionskosten 2008-2011 in Mio. Franken
Beschlossene / einberechnete Vorhaben			
4.1.1/07 Finanzreform 08: Mehrkosten aufgrund der a) Kantonalisierung der Lebensmittelkontrolle und Umsetzung der neuen Bundesbestimmungen b) Kantonalisierung der Fleischkontrolle und Umsetzung der neuen Bundesbestimmungen	ab 2008 ab 2008	2,2 1,6	
4.1.2/07 KSL, höherer Sachaufwand für a) medizinischen Bedarf b) übriger Sachaufwand	2008-11 2008-11	53 4	
4.1.3/07 KSL, höherer Ertrag durch Weiterverrechnung der Mehrkosten medizinischer Bedarf (über die Teuerung von 1,2 Prozent hinausgehender Mehrertrag)	2008-11	-17,7	
4.1.4/07 KSSW, höherer Sachaufwand für a) medizinischen Bedarf b) übriger Sachaufwand	2008-11 2008-11	13 1	
4.1.5/07 KSSW, höherer Ertrag durch Weiterverrechnung der Mehrkosten medizinischer Bedarf (über die Teuerung von 1,2 Prozent hinausgehender Mehrertrag)	2008-11	-4,3	
4.1.6/07 KSL, höhere Investitionskosten für a) Ersatzinvestitionen Informatik b) Ersatzinvestitionen Medizintechnik und Mobiliar	2008-11 2008-11		0,7 3,9
4.1.7/07 KSSW, Veränderungen bei den Investitionskosten durch a) Wegfall Erstausstattung durch Umbau in Sursee b) Anschaffung Röntgenanlage in Sursee c) Beschaffung von Fahrzeugen	2008-11 2008-11 2008-11		-2 1,3 1
4.1.8/07 Reform 06: Massnahmen im Bereich Gesundheit a) Amt für Gesundheit (Teilprojekt 10) b) Zusammenführung der psychiatrischen Dienste (Teilp. 11) c) Trennung von der Höhenklinik Montana (Teilprojekt 19)	2008-11 2009-11 2008-11	-0,4 -0,6 -8	

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskos- ten 2008-2011 in Mio. Franken	Investitionskosten 2008-2011 in Mio. Franken
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet, Berücksichtigung der Hochbauten gemäss Kapitel X.)			
4.2.1/07 Hochbauprojekte am Kantonsspital Luzern: - Nordanbau (Kosten insgesamt 39,2 Mio. Fr.) - Augenklinik, OP- und Innensanierung - Zentrum, Patientenzimmersanierung - Zentrum Sanierung Operationssäle - Kinderspital, Sanierung und Erweiterung (Kosten insgesamt 40 Mio. Fr.) - Sanierung Personalwohnhäuser (Kosten insgesamt 15 Mio. Fr.)	2007-13 2007-10 2007-09 2007-09 2010-15 2008-14	19,3 15,2 6,3 20 1,5 9	
4.2.2/07 KSSW Sursee: - Sanierung Intensivpflegestation - Sanierung Pflegestützpunkt	2007-08 2007-08	3,2 2,8	
4.2.3/07 KSSW Wolhusen: - Umnutzung und Sanierung Behandlungstrakt (Kosten insgesamt 17 Mio. Fr.) - Sanierung Bettentrakt (Kosten insgesamt 26 Mio. Fr.)	2007-13 2007-13	7 10	
4.2.3/07 Klinik St. Urban, Ausbau und Sanierung Therapie, Wirtschaftstrakt	2008-10	2,6	
4.2.4/07 Neubau kantonales Labor Luzern (Kosten insgesamt 10,5 Mio. Fr.)	2010-12	3,5	
Gesetzesänderungen			
4.3.1/07 Neues Spitalgesetz	2008		
4.3.2/07 Mantelerlass der Gesetzesänderungen Finanzreform 08	2008		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Aufwand	640.1	664.1	683.9	694.1	706.7	720.1	734.0	7.3%
Ertrag	410.0	403.2	432.5	436.8	444.2	451.9	459.7	6.3%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	230.1	260.9	251.4	257.3	262.5	268.2	274.3	
40 Spitäler								
Aufwand	540.9	563.5	572.9	582.5	594.0	606.0	618.6	
Ertrag	358.7	355.7	377.7	384.3	391.2	398.2	405.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	182.2	207.8	195.2	198.2	202.8	207.8	213.2	
42 Psychiatrische Kliniken								
Aufwand	82.8	85.4	91.0	92.0	92.9	94.0	95.1	
Ertrag	45.2	43.7	49.1	47.0	47.6	48.1	48.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	37.5	42.2	41.9	44.9	45.3	45.9	46.4	
45 Krankheitsbekämpfung								
Aufwand	4.0	0.7	3.5	2.9	2.9	3.0	3.0	
Ertrag	2.2	0.3	1.7	1.5	1.5	1.5	1.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.8	0.4	1.8	1.4	1.4	1.5	1.5	
47 Lebensmittelkontrolle								
Aufwand	3.5	3.6	3.6	4.2	4.2	4.3	4.3	
Ertrag	0.8	0.8	0.8	0.9	0.9	0.9	0.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.7	2.8	2.8	3.3	3.4	3.4	3.5	
49 Übriges Gesundheitswesen								
Aufwand	8.9	10.4	12.8	12.5	12.7	12.8	13.0	
Ertrag	3.0	2.6	3.1	3.1	3.1	3.1	3.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	5.9	7.7	9.7	9.4	9.5	9.7	9.8	
Investitionsrechnung	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Ausgaben	55.4	49.4	71.0	55.4	53.8	53.9	53.9	-24.1%
Einnahmen	7.7	0.5	21.0	0.3	0.3	0.3	0.3	-98.4%
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	47.7	48.8	50.0	55.0	53.5	53.5	53.5	
Staatsbeiträge	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	15.1	17.1	17.4	17.6	17.8	18.0	18.2	4.9%
Ertrag	3.3	3.4	3.9	1.3	1.3	1.3	1.3	-65.4%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	11.8	13.7	13.5	16.3	16.5	16.7	16.9	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	0.0%
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	0.0%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-							

5 Soziale Wohlfahrt

IFAP 2007-2011

Grundauftrag und Veränderungen

Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung

Grundauftrag

- 50 **Altersversicherung**
 - Kantonsbeitrag an AHV
- 51 **Invalidenversicherung**
 - Kantonsbeitrag an IV
- 52 **Krankenversicherung**
 - Umsetzung des KVG, insbesondere im Bereich der individuellen Prämienverbilligung und bei der Pflegeheimplanung
- 53 **Sonstige Sozialversicherungen**
 - Organisation und Sicherstellung der Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV
- 54 **Jugendschutz**
 - Vollzug des Heimfinanzierungsgesetzes und der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE (ersetzt IHV)
- 55 **Invalidität**
 - Vollzug des Heimfinanzierungsgesetzes und der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE (ersetzt IHV)
- 58 **Wirtschaftliche Sozialhilfe**
 - Erteilung von Bewilligungen nach Sozialhilfegesetz
 - Unterbringung und Betreuung von Asyl-Suchenden und Betreuung von anerkannten Flüchtlingen
 - Erfüllung verschiedener Aufgaben zu sozialpolitischen Fragestellungen wie Kinderschutz, Familienfragen, Armut und Alter
 - Leitung, Beaufsichtigung und Koordination der Sozialhilfe und Sozialplanung
 - Auskunfts- und Beratungsstelle für die Sozialämter der Gemeinden
 - Vollzug des Opferhilfegesetzes, insbesondere die Opferberatung und die Ausrichtung von finanziellen Leistungen an Opfer von Straftaten
 - Vollzug des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzschädigung (AVIG)
 - Vollzug des Bundesgesetzes über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (AVG)

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
50 Altersversicherung	Staatsbeitrag an die AHV	Amt für Finanzdienstleistungen	FD
51 Invalidenversicherung	Staatsbeitrag an die IV	Amt für Finanzdienstleistungen	FD
52 Krankenversicherung	Staatsbeitrag für Prämienverbilligungen	Departementssekretariat GSD	GSD
53 Sonstige Sozialversicherungen	Staatsbeitrag für Ergänzungsleistungen	Departementssekretariat GSD	GSD
54 Jugendschutz	Teil Jugendheime der „Sozialen Massnahmen“	Kantonales Sozialamt	GSD
55 Invalidität	Teil Behindertenheime der „Sozialen Massnahmen“	Kantonales Sozialamt	GSD
56 Sozialer Wohnungsbau	Sozialer Wohnungsbau	Amt für Hochbauten und Immobilien	FD
58 Wirtschaftliche Sozialhilfe	AVIG- und AVG-Vollzug	Wirtschaft und Arbeit (wira)	BUWD
	Soziale Massnahmen (mit Ausnahme der Heimfinanzierung)	Kantonales Sozialamt	GSD
59 Hilfsaktionen	Abteilung der Ausgleichskasse	Departementssekretariat GSD	GSD
	Diverse Hilfsaktionen	Departementssekretariat GSD	GSD

Legislaturprogramm 2003-2007

Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen. Aussagen zur Funktion 2 sind im Kapitel VII. "Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm" (Ziffer 9) enthalten.

Generelle Entwicklung

- 51 **Invalidenversicherung**
 - Umsetzung 5. Revision IVG
- 52 **Krankenversicherung**
 - Umsetzung des revidierten Prämienverbilligungsgesetzes (PVG) vom 20. Juni 2006 (B 144 vom 11. April 2006) zur Umsetzung der Prämienverbilligung von Kindern und Jugendlichen in Ausbildung
- 53 **Sonstige Sozialversicherung**
 - Neuerungen ergeben sich im Zusammenhang mit der Finanzreform 08 und der Umsetzung der NFA
- 54 **Jugendschutz**
 - Vollzug des Heimfinanzierungsgesetzes, resp. des Gesetzes über soziale Einrichtungen SEG und der interkantonalen Vereinbarung für Soziale Einrichtungen IVSE:
 - Die Anzahl von schwierigen Jugendlichen, die über kürzere oder längere Zeit fremdplatziert werden müssen, nimmt tendenzmäßig zu, was auch innerkantonal finanzielle Auswirkungen haben wird. Eine genaue Quantifizierung ist aber nicht möglich.
- 55 **Invalidität**
 - Als Folge der NFA wird es auf 2008 einen starken Kostenanstieg im Bereich der Heimfinanzierung geben.
Mit dem Systemwechsel von der nachschüssigen Defizitdeckung zur periodengerechten Pauschalfinanzierung im Bereich der Heimfinanzierung werden im Jahre 2008 für Kanton und Gemeinden zusätzliche Kosten in der Höhe von rund 45 Millionen Franken entstehen. Diese Mittel wurden mit bei der Verwendung des Ertragsüberschusses 2005 vorfinanziert (B 140 vom 11. April 2006).
- 56 **Sozialer Wohnungsbau**
 - Neuerungen ergeben sich im Zusammenhang mit der Finanzreform 08 und der Umsetzung der NFA.

58 Wirtschaftliche Sozialhilfe

- Die Anzahl der Asylsuchenden ist mit dem revidierten Asylgesetz sinkend. Die Entwicklung der Kosten hängt von der Zahl der Asylsuchenden (kriegerische Auseinandersetzungen im Ausland) und von der Bundespolitik (Änderung der Finanzierung durch den Bund) ab. Die Zahl der anerkannten Flüchtlinge ist stabil. Die Kosten für die Flüchtlingsbetreuung können nur bedingt durch den Kanton beeinflusst werden. Verschiedene Integrationsprojekte bezwecken, anerkannte Flüchtlinge aus der Sozialhilfe herauszubringen und damit Kosten für den Kanton zu senken. Ob dies gelingt, hängt stark vom Gang der Wirtschaft ab.
- Sofern als Folge der Reform 06 die Stelle für soziale Integration und Gesellschaftsfragen geschaffen wird, werden Projekte mit Außenwirkung durchgeführt werden. Zudem stehen Fortsetzungsarbeiten zum Sozialbericht an, mit dem Ziel, soziale Entwicklungen und Probleme zu erkennen und nötigenfalls geeignete Massnahmen zu suchen.
- Mittelfristig stellt sich die Frage nach dem Betrieb einer Auskunfts- und Beratungsstelle für die Sozialämter der Gemeinden durch das Kantonale Sozialamt. Diese ist unter Beachtung des AKV-Prinzips zu bearbeiten.
- Es zeigt sich, dass es einer sehr starken und nachhaltigen Erholung der Volkswirtschaft bedarf, um positive Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu bewirken. Auch als Folge von Strukturbereinigungen muss künftig mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit gerechnet werden. Auf den 1.1.2006 wurde für die Finanzierung der arbeitsmarktlchen Massnahmen AMM ein neues Finanzierungssystem nach dem Modell des Plafonds eingeführt. Dadurch müssen Massnahmen zurückgefahren werden oder Kosten durch den Kanton übernommen werden. Die anstehende AVIG-Revision mit den in Diskussion stehenden Sparmassnahmen dürfte die Finanzlage bei den AMM nochmals verschärfen.

Indikatoren und Kenngrößen	2007	2008	2009	2010	2011
52 Krankenversicherung Ausbezahlte Prämienverbilligungen in Mio. Fr. Anteil Empfänger PV an Gesamtbevölkerung in Prozent	150 35%	152,3 34%	154,5 33%	156,9 33%	159,2 33%
53 Sonstige Versicherung Staatbeitrag Ergänzungsleistungen (EL) in Mio. Fr.	180	210,4	216,7	223,2	229,9
54 Jugendschutz Anzahl Luzerner in FHG-Institutionen Anzahl Luzerner in ausserkantonalen Institutionen	965 120	965 120	965 120	965 120	965 120
55 Invalidität Anzahl Luzerner in FHG-Institutionen Anzahl Luzerner in ausserkantonalen Institutionen	1'750 50	1'750 50	1'750 50	1'750 50	1'750 50
58 Wirtschaftliche Sozialhilfe Anzahl Asyl-Suchende in kantonaler Fürsorgeabhängigkeit Sozialhilfe Flüchtlinge: Anzahl Dossiers	1'600 270	550 280	550 280	550 280	550 280

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2006-2010

Laufende Rechnung	2007	2008	2009	2010	2011
- Aufwand					
IFAP 2006-2010	738.0	755.3	771.4	790.6	
IFAP 2007-2011	692.5	695.8	706.3	717.0	727.9
Veränderung	45.5	59.5	65.1	73.6	
- Ertrag					
IFAP 2006-2010	626.9	641.0	653.6	669.7	
IFAP 2007-2011	592.5	543.9	551.1	558.4	566.0
Veränderung	34.4	97.1	102.5	111.3	

Begründung:

- Durch die sinkende Arbeitslosigkeit reduzieren sich die Zahlungen der Arbeitslosenversicherung ab 2007. Da es sich für den Kanton um durchlaufende Beiträge handelt, reduzieren sich für das Jahr 2007 und Folgende Aufwand und Ertrag um je 30,7 Mio. Fr.
- Im Budget 2007 sind für Prämienverbilligungen 150 Mio. Fr. eingestellt. Im IFAP 2006-2010 waren wir für das entsprechende Jahr von Zahlungen von 160 Mio. Fr. ausgegangen. Dieser Minderaufwand führt auch zu geringeren Bundes- und Gemeindebeiträgen.
- Mit der Einführung der NFA ergeben sich auf 2008 wichtige Änderungen. Diese waren im IFAP 2006-2010 nicht einberechnet. Konkrete Änderungen:
 - Wegfall des Kantonsbeitrags an AHV (43,4 Mio.) und IV (57,4 Mio.). Von diesen Beiträgen wären 72,5 Prozent den Gemeinden weiterbelastet worden.
 - Reduktion der Bundesbeiträge an die Prämienverbilligung von 56,9 Mio. für das Jahr 2008 im Vergleich zum IFAP 2006-2010 und Reduktion des Beitrags der Gemeinden am Restbetrag von bisher 72,5 Prozent auf neu 50 Prozent.
 - Erhöhung der Ergänzungsleistungen 2008 um 25,4 Mio. Fr. bei gleichzeitiger Reduktion der Bundesbeiträge um 8,4 Mio. Fr. ggb. dem IFAP 2006-2010
 - Wegfall von Bundesbeiträgen von 67 Mio. Fr. für bisherige IV-Heime.

Investitionsrechnung	2007	2008	2009	2010	2011
- Ausgaben					
IFAP 2006-2010	-	-	-	-	-
IFAP 2007-2011	-	-	-	-	-
Veränderung					
- Einnahmen					
IFAP 2006-2010	-	-	-	-	-
IFAP 2007-2011	-	-	-	-	-
Veränderung					
Staatsbeiträge gesamt	2007	2008	2009	2010	2011
- Aufwand/Ausgaben					
IFAP 2006-2010	503.7	520.9	536.9	556.1	
IFAP 2007-2011	489.5	492.2	502.8	513.6	524.6
Veränderung	14.2	28.7	34.1	42.5	
- Ertrag/Einnahmen					
IFAP 2006-2010	383.2	397.2	413.1	429.1	
IFAP 2007-2011	374.0	326.2	333.6	341.2	349.0
Veränderung	9.2	71.0	79.5	87.9	

Begründung:

- vgl. Begründung zur Laufenden Rechnung (mit Ausnahme der Zahlungen der Arbeitslosenversicherung, welche durchlaufende Beiträge darstellen, handelt es sich bei allen Begründungen um Veränderungen bei den Staatsbeiträgen).

Vorhaben und Projekte

		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2008-2011 in Mio. Franken	Investitionskosten 2008-2011 in Mio. Franken
Beschlossene / einberechnete Vorhaben				
5.1.1/07	Mehraufwand Arbeitslosenversicherung, Beitrag für Arbeitsvermittlung und arbeitsmarktlche Massnahmen a) aus NFA (Wegfall Einbezug Finanzkraft) b) aus Finanzreform 08 (Wegfall Gemeindeanteil)	ab 2008 ab 2008	2,8 7,6	
5.1.2/07	NFA: Wegfall Bundesbeiträge an (jeweils Nettoanteil Kanton) a) AHV b) IV	2008-11 2008-11	-46,0 -58,8	
5.1.3/07	Finanzreform 08: Wegfall Gemeindebeiträge an landwirtschaftliche Familienzulagen	ab 2008	8,4	
5.1.4/07	Mehrkosten an die Ausgleichskasse Luzern für übertragene Arbeiten (teilweise durch NFA bedingt)	2008-11	6	
5.1.5/07	Mehraufwand bei den Ergänzungsleistungen aufgrund der Finanzreform 08 und unten stehenden Kostenentwicklung (unten stehende Tabelle zeigt die gesamten Kosten)			
	2007 2008 2009 2010 2011			
Auszahlte Ergänzungsleistungen	180 185,4 191 196,7 202,6			
Bundesbeitrag	59,4 54,5 56,1 57,8 59,5			
Gemeindebeitrag	87,7 110,7 114 117,5 121			
Kantonsbeitrag	33,2 45,2 46,6 48 49,4			
Mehrkosten Kanton zu Budget 2007	12 13,4 14,8 16,2		56,4	
5.1.6/07	Mehraufwand bei der individuellen Prämienverbilligung aufgrund der Finanzreform 08 und unten stehender Kostenentwicklung (unten stehende Tabelle zeigt die gesamten Kosten)			
	2007 2008 2009 2010 2011			
Auszahlte Prämienverbilligung	150 152,3 154,5 156,9 159,2			
Bundesbeitrag	117 74 74,9 75,8 76,7			
Gemeindebeitrag	23,9 39,1 39,8 40,5 41,3			
Kantonsanteil	9,1 39,1 39,8 40,5 41,3			
Mehrkosten Kanton zu Budget 2007	30 30,8 31,4 32,2		124,4	
5.1.7/07	Mehrkosten für Integrationsmassnahmen für Ausgesteuerte	2008-11	0,6	

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2008-2011 in Mio. Franken	Investitionskosten 2008-2011 in Mio. Franken
5.1.8/07 NFA: Wegfall Bundesbeiträge an Wohnheime, Tagesstätten und Werkstätten (inkl. Internatsteil der Sonderschulen) a) zu Lasten der Heimfinanzierung (Kantonsanteil) b) zu Lasten des kantonalen Wohnheims Sonnegarte	ab 2008 ab 2008	128,8 10,4	
5.1.9/07 Finanzreform 08: Verschiebungen bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe durch a) Kommunalisierung Sozialhilfe für Flüchtlinge ab dem 10. Jahr b) Kantonale Sozialhilfeleistungen für vorläufig Aufgenommene (7.-10. Jahr)	ab 2008 ab 2008	-8 4	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			
Gesetzesänderungen			
5.3.1/07 Gesetz für soziale Einrichtungen (ersetzt bisheriges Heimfinanzierungsgesetz)	2008		
5.3.2/07 Mantelerlass der Gesetzesänderungen Finanzreform 08	2008		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Aufwand	684.4	716.5	692.5	695.8	706.3	717.0	727.9	5.1%
Ertrag	592.8	608.9	592.5	543.9	551.1	558.4	566.0	-4.5%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	91.6	107.6	99.9	151.9	155.2	158.6	161.9	
50 Altersversicherung								
Aufwand	37.2	40.7	42.4	0.5	0.5	0.5	0.5	
Ertrag	27.0	29.2	30.4	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	10.2	11.5	12.0	0.5	0.5	0.5	0.5	
51 Invalidenversicherung								
Aufwand	48.1	53.4	53.3	-	-	-	-	
Ertrag	34.9	38.7	38.7	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	13.2	14.7	14.7	-	-	-	-	
52 Krankenversicherung								
Aufwand	149.2	145.4	150.0	152.3	154.6	156.9	159.2	
Ertrag	140.2	136.6	140.9	113.1	114.8	116.5	118.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	9.0	8.8	9.1	39.2	39.7	40.3	40.9	
53 Sonstige Sozialversicherungen								
Aufwand	162.4	172.0	180.0	210.4	216.7	223.2	229.9	
Ertrag	132.9	140.8	146.8	165.2	170.1	175.2	180.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	29.5	31.2	33.2	45.2	46.6	48.0	49.4	
54 Jugendschutz								
Aufwand	7.0	7.3	6.8	5.9	5.9	6.0	6.1	
Ertrag	3.4	0.3	3.2	2.9	2.9	2.9	3.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.7	7.1	3.6	3.0	3.0	3.1	3.1	
55 Invalidität								
Aufwand	17.7	19.8	17.2	82.7	83.6	84.6	85.6	
Ertrag	8.5	9.8	8.2	40.3	40.8	41.2	41.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	9.2	10.0	9.1	42.4	42.9	43.4	43.9	
56 Sozialer Wohnungsbau								
Aufwand	4.1	4.1	3.9	3.9	3.9	3.9	4.0	
Ertrag	4.2	4.1	3.9	3.9	3.9	3.9	3.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
58 Wirtschaftliche Sozialhilfe								
Aufwand	258.6	273.7	238.7	240.1	241.0	241.8	242.6	
Ertrag	241.8	249.4	220.4	218.5	218.6	218.6	218.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	16.8	24.3	18.3	21.6	22.4	23.3	24.0	

Investitionsrechnung	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	0.0%
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	0.0%
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-	-						
Staatsbeiträge	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	495.3	482.2	489.5	492.2	502.8	513.6	524.6	7.2%
Ertrag	368.4	360.1	374.0	326.2	333.6	341.2	349.0	-6.-%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	126.9	122.1	115.5	166.0	169.2	172.4	175.7	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	0.0%
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	0.0%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-	-						

6 Verkehr

IFAP 2007-2011

Grundauftrag und Veränderungen

Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung

Grundauftrag

- 60 Nationalstrassen**
 - Planung, Bau, Betrieb und Werterhaltung der Nationalstrassen
- 61 Kantonsstrassen**
 - Planung, Bau, Betrieb und Werterhaltung der Kantonsstrassen
- 65 Regionalverkehr**
 - Die Dienststelle Verkehr und Infrastruktur (vif) ist im Rahmen des Gesamtverkehrssystems verantwortlich für funktionierende Strukturen im Bereich des öffentlichen Verkehrs

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
60 Nationalstrassen	61 % der Leistungsgruppe Strassenwesen und 61 % des Saldoausgleichs aus der Strassenrechnung (bis 2007, Anpassung durch NFA)	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD
61 Kantonsstrassen	39 % der Leistungsgruppe Strassenwesen und 39 % des Saldoausgleichs aus der Strassenrechnung (bis 2007, Anpassung durch NFA)	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD
62 Gemeinestrassen	Steuern und Abgaben (10 % der Verkehrssteuern)	Strassenverkehrsamt	JSD
65 Regionalverkehr	Öffentlicher Verkehr	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD

Legislaturprogramm 2003-2007

Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen. Aussagen zur Funktion 6 sind im Kapitel VII. "Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm" (Ziffer 12) enthalten.

Generelle Entwicklung

60 Nationalstrassen

- Mit der Einführung des Neuen Finanzausgleichs des Bundes (NFA) werden die Nationalstrassen in die Verantwortung des Bundes übergehen. Die NFA und die Finanzreform 08 werden wesentliche Auswirkungen auf die Strassenrechnung haben. Der Wegfall der Aufgaben wird auch zu einer Reduktion im Personal- und Sachaufwand führen.

61 Kantonsstrassen

- Das Bauprogramm 2007 - 2010 wurde dem Grossen Rat unterbreitet. In der Periode 2007 - 2010 werden Vorhaben aus dem Topf A geplant und/oder ausgeführt. Im Zentrum steht dabei der Autobahnzubringer Rontal. Daneben wird auch der Anteil der Strassenrechnung am Ausbau der Zentralbahn (Doppelspurausbau und Tieflegung) in der Rubrik Kantonsstrassen geführt. Die Investitionen in die Kantonsstrassen werden erheblich gesteigert.

65 Regionalverkehr

- Die 2. Etappe der S-Bahn Luzern wird Ende 2007 abgeschlossen sein. Die dritte Etappe zielt darauf ab, die Mobilität in Zukunft umweltgerecht und nachhaltig zu gewährleisten. Dazu sind weitere Infrastrukturmassnahmen nötig. Einen Schwerpunkt dabei bilden Massnahmen zugunsten eines weiteren Ausbaus der S-Bahn Luzern und für den Agglomerationsverkehr auf der Grundlage des Agglomerationsprogramms und im Rahmen der Bahn 2000. Diese Projekte sollen schrittweise bis 2020 verwirklicht werden.
- Die NFA und die Finanzreform 08 bewirken, dass sich der Anteil des Kantons Luzern an die Beiträge für Transportleistungen auf 57 % erhöht, (bisher 35 %).

Indikatoren und Kenngrössen	2007	2008	2009	2010	2011
61 Kantonsstrassen Kantonsstrassen, Investitionen netto (in Mio. Fr., inkl. Tieflegung Zentralbahn, Anteil Strasse) Saldo Strassenrechnung, Reduktion der Schuld (in Mio. Fr.)	45.8 -4.6	59.9 -4.9	60.4 -3.4	62.6 -3.0	64.4 -3.6
65 Regionalverkehr Modalsplit, Verhältnis MIV / öV auf ausgewählten Achsen der Agglomeration Luzern OV-Investitionen brutto (in Mio. Fr.)	>27% 11.5	>28% 13.0	>28% 17.8	>30% 23.4	>30% 25.0

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2006-2010

Laufende Rechnung	2007	2008	2009	2010	2011
- Aufwand					
IFAP 2006-2010	110.2	98.0	96.2	96.9	
IFAP 2007-2011	110.9	125.1	124.5	126.2	126.7
Veränderung	-0.7	-27.1	-28.3	-29.3	
- Ertrag					
IFAP 2006-2010	148.9	143.4	141.9	142.6	
IFAP 2007-2011	149.2	143.6	143.4	144.9	146.2
Veränderung	-0.3	-0.2	-1.5	-2.3	

Begründung:					
- Für die Jahre ab 2008 ergeben sich aus der NFA Mehrbelastungen beim öffentlichen Regionalverkehr von rund 17 Mio. Fr.					
- Im Rahmen der Finanzreform 08 soll der Kantonsanteil am öffentlichen Agglomerationsverkehr von bisher 20 auf neu 50 Prozent erhöht werden. Die im IFAP 2006-2010 nicht berücksichtigte Mehrbelastung beträgt 9,4 Mio. Fr.					
Investitionsrechnung	2007	2008	2009	2010	2011
- Ausgaben IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	150.7 135.4 15.3	78.4 87.1 -8.7	80.0 93.8 -13.8	81.5 101.6 -20.1	104.1
- Einnahmen IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	85.7 70.7 15.0	9.6 26.0 -16.4	8.7 30.2 -21.5	8.7 37.9 -29.2	38.8
Begründung:					
- Die Investitionen im Bereich Nationalstrassen sind 2007 geringer als im IFAP 2006-2010 angenommen. Dadurch reduzieren sich auch die Einnahmen.					
- Zur Realisierung des Ausbaus der Zentralbahn sind ab 2008 für den Bau von Kantonsstrassen und für den öffentlichen Verkehr höhere Investitionen einberechnet als im IFAP 2006-2010 vorgesehen.					
- Die höheren Investitionen werden durch Bundesbeiträge aus dem Infrastrukturfonds und, für den Teil öffentlicher Verkehr, durch höhere Gemeindebeiträge kompensiert.					
Staatsbeiträge gesamt	2007	2008	2009	2010	2011
- Aufwand/Ausgaben IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	57.8 58.9 -1.1	52.7 87.5 -34.8	52.9 94.0 -41.1	53.1 99.6 -46.5	101.4
- Ertrag/Einnahmen IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	132.2 117.7 14.5	53.5 69.9 -16.4	49.7 73.8 -24.1	48.7 81.0 -32.3	81.9
Begründung:					
- Die oben erwähnten höheren Kantonsbeiträge an den öffentlichen Regionalverkehr, den öffentlichen Agglomerationsverkehr und an Investitionen im öffentlichen Verkehr führen ab 2008 zu einer Erhöhung der Staatsbeiträge gegenüber dem IFAP 2006-2010.					
- Die höheren Kantonsbeiträge an den öffentlichen Regionalverkehr und an die ÖV-Investitionen führen zu höheren Gemeindebeiträgen. Zusammen mit den Bundesbeiträgen aus dem Infrastrukturfonds führt dies ab 2008 zu höheren Erträgen aus Staatsbeiträgen als im IFAP 2006-2010 eingerechnet.					

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2008-2011 in Mio. Franken	Investitionskosten 2008-2011 in Mio. Franken
Beschlossene / einberechnete Vorhaben			
6.1.1/07 Erhöhung der Nettoinvestitionen Öffentlicher Verkehr (ordentliche ÖV-Investitionen und ÖV-Anteil an der Zentralbahn)	2008-11		17,4
6.1.2/07 Finanzreform 08: Höherer Kantonsanteil am öffentlichen Agglomerationsverkehr (von 20 auf 50 Prozent)	ab 2008	37,4	
6.1.3/07 Beitrag an Tarifverbund	2008-11	-1,2	
6.1.4/07 Erhöhung des Kantonsbeitrags an den öffentlichen Regionalverkehr (Bruttokosten, davon 50 Prozent zu Lasten der Gemeinden) a) aus NFA (wegfallende Berücksichtigung der Finanzkraft) b) aus Leistungsausbau	2008-11 2008-11	55,6 15,9	
6.1.5/07 Erwartete Beiträge des Bundes aus dem Infrastrukturfonds, Anteil für den öffentlichen Verkehr	2008-11		-23
Veränderungen bei den Aufwendungen zu Lasten der Strassenrechnung und die geplanten Strassenvorhaben werden im Kapitel IX. separat dargestellt			
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			
Gesetzesänderungen			
6.3.1/07 Mantelerlass der Gesetzesänderungen Finanzreform 08	2008		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Aufwand	104.7	106.8	110.9	125.1	124.5	126.2	126.7	14.2%
Ertrag	148.4	144.2	149.2	143.6	143.4	144.9	146.2	-2.1%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-43.7	-37.4	-38.3	-18.5	-18.9	-18.7	-19.5	
60 Nationalstrassen								
Aufwand	41.5	35.5	35.9	2.3	-	-	-	
Ertrag *	79.1	76.2	78.4	5.7	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-37.6	-40.7	-42.5	-3.4	-	-	-	
61 Kantonsstrassen								
Aufwand	26.5	22.7	23.0	43.6	43.8	45.2	45.6	
Ertrag *	50.6	48.7	50.1	108.3	113.0	114.4	115.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-24.1	-26.0	-27.2	-64.6	-69.2	-69.2	-70.0	
62 Gemeindestrassen								
Aufwand	0.0	8.2	8.3	8.4	8.5	8.6	8.8	
Ertrag	0.0	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.0	8.2	8.3	8.4	8.5	8.6	8.8	
65 Regionalverkehr								
Aufwand	36.7	40.4	43.8	70.8	72.3	72.3	72.3	
Ertrag	18.7	19.3	20.7	29.6	30.4	30.5	30.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	18.0	21.1	23.0	41.1	41.8	41.8	41.8	
Investitionsrechnung	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Ausgaben	144.1	136.8	135.4	87.1	93.8	101.6	104.1	-23.1%
Einnahmen	91.9	82.8	70.7	26.0	30.2	37.9	38.8	-45.1%
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	52.2	54.0	64.7	61.1	63.6	63.7	65.3	
Staatsbeiträge	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	32.6	44.3	47.4	74.5	76.2	76.3	76.4	61.4%
Ertrag	44.0	42.6	47.0	43.9	43.6	43.1	43.1	-8.3%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-11.3	1.7	0.4	30.7	32.6	33.2	33.3	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	8.0	7.6	11.5	13.0	17.8	23.3	25.0	117.4%
Einnahmen	91.9	82.8	70.7	26.0	30.2	37.9	38.8	-45.1%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-83.9	-75.2	-59.2	-13.0	-12.4	-14.6	-13.8	

* Seit Einführung des IFAP wurden die Erträge der Strassenrechnung kalkulatorisch immer zu 61 Prozent den Nationalstrassen und zu 39 Prozent den Kantonsstrassen zugeordnet. Mit der NFA fällt die Mitfinanzierung der Kantone an die Nationalstrassen grundsätzlich weg. Für das Jahr 2008 werden deshalb 95 Prozent, ab 2009 100 Prozent der Erträge den Kantonsstrassen zugeordnet.

7 Umwelt und Raumordnung IFAP 2007-2011

Grundauftrag und Veränderungen

Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung

Grundauftrag

75 Gewässerverbauungen

- Verantwortlich für Schutz von Menschen, Tieren und Sachwerten vor Hochwassergefahren
- Durchführung von Bewilligungsverfahren nach dem Wasserbaugesetz und der damit verbundenen Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben

77 Natur- und Landschaftsschutz

- Erhaltung und ökologische Aufwertung der Natur und Landschaft sowie der Lebensräume für Menschen; standorttypische Pflanzen und Tiere
- Erhalten und Fördern der Biodiversität durch optimalen Schutz, aktive Pflege und zielgerichtete Aufwertung naturnaher Lebensräume
- Erneuerung von Natur- und Landschaftsschutzverträgen mit Landwirten

78 Übriger Umweltschutz

- Beobachtung der Umwelt und Überprüfung umweltrelevanter Anlagen und Projekte
- Beratung Dritter in umweltrelevanten Fragen
- Erteilung von umweltrechtlichen Spezial- und Betriebsbewilligungen und partnerschaftliche Vereinbarungen

79 Raumordnung

- Interessenausgleich in allen Teilbereichen der kantonalen, regionalen und kommunalen Raumordnungspolitik (Wirtschaftspolitik, Siedlungspolitik, Verkehrs-politik etc.)
- Erarbeitung und Koordination der raumwirksamen Führungsinstrumente für den Grossen Rat und den Regierungsrat
- Vollzug der gesetzlichen Bestimmungen im Bereich Raumordnung, Gewässer und Strassen
- Unterstützung der kommunalen Bewilligungsbehörden und privaten Bauherren bei der Verfahrenskoordination

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
75 Gewässerverbauungen	Wasserbau	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD
77 Naturschutz	Umwelt und Energie, Teil Natur-schutz	Umwelt und Energie (uwe)	BUWD
78 Übriger Umweltschutz	Umwelt und Energie, Teil übriger Umweltschutz	Umwelt und Energie (uwe)	BUWD
79 Raumordnung	Teil der Leistungsgruppe Raum-ordnung und Wirtschaftsentwick-lung	Raumentwicklung, Wirtschaftsförde-rung und Geoinformation (rawi)	BUWD

Legislaturprogramm 2003-2007

Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturpro-gramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen.

Generelle Entwicklung

75 Gewässerverbauungen

- Der Schwerpunkt liegt in der Behebung der Schäden aus dem Unwetter 2005 sowie in der Prävention zur Verhinderung ähnlicher Schäden. Im Vordergrund steht der Hochwasserschutz an der kleinen Emme und an der Reuss (Planungsbericht B136). Daneben werden grössere Projekte wie Laui Sörenberg (Schutz des Siedlungsgebietes vor Murgängen), Ausbau der Enziwigger in Willisau, das Hochwasserrückhaltebecken Allmend Luzern und die Regu-lierung des Vierwaldstättersees (Reusswehr) geplant und/oder ausgeführt.

77 Natur- und Landschaftsschutz

- Erhalten und Fördern der Biodiversität durch optimalen Schutz, aktive Pflege und zielgerichtete Aufwertungen naturnaher Lebensräume.

78 Übriger Umweltschutz

- Erhaltung und ökologische Aufwertung der Lebensräume: **Grundwasser:** Ausscheidung von Schutzarealen im Rahmen der Raum- und Richtplanung. **Oberflächengewässer:** Fortführen der Sanierungsmassnahmen in den Mittellandseen. **Altlasten:** Fortsetzung „Sanierungsprogramm“. **Abwasserentsorgung:** Einführung von Rückstellungen zur Finanzierung der Abwasserentsorgung bei den Gemeinden. **Risikovorsorge:** Ausscheidung von Risikozonen in der Raum- und Richtplanung. **Bodenschutz:** Aktualisierung der Bodenkarten für ökologische Direktzahlungen (Iawa). **Energiepolitik:** Umsetzung des kantonalen Energiekonzeptes. **Klimaschutz/Reduktion der Treibhausgase:** Einführung der bundesrechtlichen Lenkungsabgabe. **Massnahmenplan Luft:** Reduktion der Feinstaub-Belastung.
- Umweltbeobachtung: Optimierung der Umweltbeobachtung in Koordination mit Bundesstellen.
- Partnerschaftliche Vereinbarungen: Vermehrte Delegation der Aufsichts- und Kontrolltätigkeiten an kompetente Organisationen, z. B. Branchenverbände

79 Raumordnung

- Überarbeitung des kantonalen „Richtplan“ 2007 bis 2008. Umsetzung der neuen Regionalpolitik (NRP). Mit dem Bund werden 2007ff die Programmmoda-litäten für die Umsetzung des Agglomerationsprogramms vereinbart.

Indikatoren und Kenngrössen	2007	2008	2009	2010	2011
75 Gewässerverbauungen Investitionen (brutto) in den Wasserbau (in Mio. Fr.)	25.6	22.9	21.3	15.7	10.8
77 Natur- und Landschaftsschutz Beiträge Pflegeverträge Natur- und Landschaftsschutz (in Mio. Fr.)	3.9	4.5	4.7	5	5.2
78 Übriger Umweltschutz Veränderung Phosphorgehalt Baldegggersee (Ziel: 30 mg/m ³) Anteil Gemeinden mit Rückstellungen für Abwasserentsorgung Anzahl Tage mit Feinstaubbelastung über Grenzwert (Ziel: 1)	41 60 15	39 80 10	37 90 5	35 95 1	33 100 1
79 Raumordnung Anzahl Bauprüfungen Durchlaufzeiten für Baugesuche gemäss den gesetzlichen Vorgaben	cirka 80%	4'000 80%	4'000 80%	4'000 80%	4'000 80%

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2006-2010					
Laufende Rechnung	2007	2008	2009	2010	2011
- Aufwand IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	36.1 36.6 -0.5	36.5 37.6 -1.1	36.8 38.1 -1.3	37.1 38.4 -1.3	38.8
- Ertrag IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	10.0 8.8 1.2	10.1 9.1 1.0	10.2 9.3 0.9	10.3 9.4 0.9	9.7
Begründung: - Durch die NFA steigen ab 2008 die Beiträge an Pflege und Unterhalt gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz.					
Investitionsrechnung	2007	2008	2009	2010	2011
- Ausgaben IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	25.0 42.9 -17.9	25.6 40.7 -15.1	25.8 39.4 -13.6	29.8 38.2 -8.4	33.3
- Einnahmen IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	19.9 38.2 -18.3	20.0 35.5 -15.5	20.0 33.9 -13.9	20.0 28.3 -8.3	23.4
Begründung: - Aufgrund der August-Hochwasser 2006 haben wir die Investitionen im Wasserbau gegenüber dem IFAP 2006-2010 deutlich erhöht. - Die höheren Investitionen im Wasserbau werden durch höhere Bundes- und Gemeindebeiträge und durch die Vorfinanzierung der Folgekosten des Hochwassers im Rahmen der Gewinnverwendung 2005 (B 138) kompensiert. Diese Mehrerträge waren im IFAP 2006-2010 ebenfalls nicht enthalten.					
Staatsbeiträge gesamt	2007	2008	2009	2010	2011
- Aufwand/Ausgaben IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	6.3 6.6 -0.3	6.3 7.4 -1.1	6.4 7.7 -1.3	10.5 12.0 -1.5	12.2
- Ertrag/Einnahmen IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	11.5 26.7 -15.2	11.5 24.3 -12.8	11.6 22.8 -11.2	11.7 17.3 -5.6	12.7
Begründung: - Die steigenden, im IFAP 2006-2010 nicht enthaltenen, Beiträge an Pflege und Unterhalt gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz führen zu höheren Staatsbeiträgen. - Höhere Bundes- und Gemeindebeiträge an die gestiegenen Investitionen im Wasserbau.					

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2008-2011 in Mio. Franken	Investitionskosten 2008-2011 in Mio. Franken
Beschlossene / einberechnete Vorhaben			
7.1.1/07 Erarbeitung Konzerndaten für Bodenkartierung	2008-09	0,5	
7.1.2/07 Wiederaufnahme der Kantonsbeiträge im Bereich Abfall- und Abwasseranlagen (Subventionsbereinigung)	2010-11		8
7.1.3/07 Beiträge an Altlastensanierungen für Betriebsstandorte und Schiessanlagen	2008-11		1,3
7.1.4/07 NFA: Höhere Beiträge an Pflege und Unterhalt gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz (brutto, teilweise kompensiert durch höhere Bundes- und Gemeindebeiträge)	2008-11	4,6	
7.1.5/07 Erhöhung der Darlehen an Gemeinden im Rahmen der neuen Regionalpolitik (NRP)	2008-11		2,8
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			
Gesetzesänderungen			
7.3.1/07 Mantelerlass der Gesetzesänderungen Finanzreform 08	2008		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Aufwand	30.6	35.8	36.6	37.6	38.1	38.4	38.8	6.0%
Ertrag	9.4	9.9	8.8	9.1	9.3	9.4	9.7	10.2%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	21.2	25.9	27.8	28.5	28.8	28.9	29.1	
75 Gewässerverbauungen								
Aufwand	6.3	3.8	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5	
Ertrag	0.8	0.4	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	5.5	3.4	4.0	4.0	4.0	4.0	4.0	
77 Naturschutz								
Aufwand	0.0	0.0	23.7	24.7	25.1	25.3	25.7	
Ertrag	0.0	0.0	6.2	6.4	6.6	6.7	6.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.0	0.0	17.6	18.3	18.6	18.6	18.7	
78 Übriger Umweltschutz								
Aufwand	20.2	27.8	4.0	4.1	4.1	4.2	4.2	
Ertrag	7.2	8.1	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	13.0	19.7	3.2	3.3	3.3	3.3	3.4	
79 Raumordnung								
Aufwand	4.1	4.2	4.4	4.3	4.4	4.4	4.5	
Ertrag	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.7	2.8	3.0	2.9	3.0	3.0	3.0	
Investitionsrechnung	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Ausgaben	21.4	26.0	42.9	40.7	39.4	38.2	33.3	-22.4%
Einnahmen	14.6	19.9	38.2	35.5	33.9	28.3	23.4	-38.7%
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	6.8	6.1	4.7	5.2	5.5	9.9	9.9	
Staatsbeiträge	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	5.9	6.2	6.6	7.4	7.7	8.0	8.2	24.3%
Ertrag	3.9	5.5	4.5	4.8	4.9	5.0	5.3	16.0%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.0	0.7	2.0	2.7	2.8	2.9	2.9	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	0.6	2.0	-	-	-	-	-	-
Einnahmen	4.8	5.9	22.2	19.5	17.9	12.3	7.4	-66.7%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-4.2	-3.9	-22.2	-19.5	-17.9	-12.3	-7.4	

8 Volkswirtschaft

IFAP 2007-2011

Grundauftrag und Veränderungen

Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung

Grundauftrag

80 Landwirtschaft

- Vollzug der Agrargesetzgebung.
- Förderung der Landwirtschaftsbetriebe zur Verbesserung der Rahmenbedingungen.
- Förderung der nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes.
- Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzfläche und von artenreichen, naturnahen ländlichen Räumen.

81 Forstwirtschaft

- Vollzug der Waldgesetzgebung.
- Förderung der Forstwirtschaftsbetriebe zur Verbesserung der Rahmenbedingungen.

82 Jagd und Fischerei

- Vollzug der Jagd- und Fischereigesetzgebung.
- Sicherstellung der nachhaltigen Nutzung des staatlichen Fischerei- und Jagdregals.

84 Industrie, Gewerbe und Handel

- Stärkung der Leistungsfähigkeit der Luzerner Wirtschaft durch Wachstum und verbesserte Wettbewerbsfähigkeit.
- Überwachung der Unfallverhütung und der Gesundheitsvorsorge in den Betrieben (Vollzug ArG und UVG).
- Vollzug der flankierenden Massnahmen zum Schutz von missbräuchlichen Arbeits- und Lohnbedingungen im Bereich des freien Personenverkehrs zwischen der Schweiz und der EU (Vollzug Entsendegesetz).
- Vollzug des Bundesgesetzes Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (Vollzug BGSA).

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
80 Landwirtschaft	Landwirtschaft	Landwirtschaft und Wald (lawa)	BUWD
	Veterinärdienste	Landwirtschaftliche Kreditkasse	BUWD
	Landwirtschaftliche Familienzul-	Veterinäramt	GSD
81 Forstwirtschaft	Wald	Landwirtschaft und Wald (lawa)	BUWD
82 Jagd und Fischerei	Fischerei und Jagd	Landwirtschaft und Wald (lawa)	BUWD
84 Industrie, Gewerbe und Handel	Teil der Leistungsgruppe Raum-ordnung und Wirtschaftsentw.	Raumentwicklung, Wirtschaftsförde-rung und Geoinformation (rawi)	BUWD
	Industrie- und Gewerbeaufsicht	Wirtschaft und Arbeit (wira)	BUWD
87 Sonstige gewerbliche Betriebe	Salzregal	Amt für Finanzdienstleistungen	FD

Legislaturprogramm 2003-2007

Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturprogramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen.

Generelle Entwicklung

80 Landwirtschaft / 81 Forstwirtschaft / 82 Jagd und Fischerei

- Einführung der neuen Agrar-Politik AP2011 ab 2007. Erweiterung der Vertragsflächen für die Seesanierungen auf 2/3 der landwirtschaftlichen Nutzflächen in den Seeeinzugsgebieten. Die übrigen mehrjährigen Vorhaben, insbesondere Güterstrassen, Meliorationen, Wiederbewaldung, Holzpromotion, Waldstrassen, Naturgefahren, Waldreservate, Waldbau, Schutzwaldpflege, bleiben unverändert. Förderung von eigentumsübergreifenden regionalen Organisationen für die Waldbewirtschaftung.

84 Industrie, Gewerbe und Handel

- Die EKAS Rückvergütungen werden durch den Bund linear gekürzt. Erste Auswertungen über die Auswirkungen des freien Personenverkehrs haben keine gravierenden Verstöße ergeben. Die befürchteten negativen Auswirkungen auf die CH-Löhne und -Arbeitsbedingungen sind bisher ausgeblieben. Die Einführung des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit ist auf 2007 vorgesehen. Der Kanton hat die für den Vollzug notwendige Infrastruktur aufzubauen.

Indikatoren und Kenngrößen	2007	2008	2009	2010	2011
80 Landwirtschaft Direktzahlungen: Schriftliche Einsprachen in % zu den bei-tragsberechtigten Betrieben Vertragsflächen für die Seesanierungen in %	2 60	1.9 62	1.8 64	1.7 66	1.6 67
81 Forstwirtschaft Genutzte Holzmenge im Staatswald in m ³ Anzahl Regionale Organisationen für die Waldbewirtschaftung	16'000 2	16'000 4	16'000 6	16'000 8	16'000 10
82 Fischerei und Jagd Nettokostendeckungsgrad der Leistungsgruppe Fischerei und Jagd in %	100	100	100	100	100

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2006-2010

Laufende Rechnung	2007	2008	2009	2010	2011
- Aufwand					
IFAP 2006-2010	241.0	241.3	241.8	242.4	
IFAP 2007-2011	253.6	253.0	253.0	253.1	253.2
Veränderung	-12.6	-11.7	-11.2	-10.7	
- Ertrag					
IFAP 2006-2010	211.2	211.3	211.4	211.5	
IFAP 2007-2011	224.0	220.6	220.7	220.9	221.0
Veränderung	-12.8	-9.3	-9.3	-9.4	

Begründung:					
- Die Direktzahlungen an Landwirte fallen 2007ff um 12 Mio. Fr. höher aus als im IFAP 2006-2010 einberechnet. Da es sich um durchlaufende Beiträge handelt, steht diesem Mehraufwand ein Mehrertrag im gleichen Umfang gegenüber.					
- Im Rahmen der Finanzreform 08 fallen die Gemeindebeiträge an die Beforstung und an die landwirtschaftlichen Familienzulagen weg. Diese Mindererträge waren im IFAP 2006-2010 noch nicht enthalten.					
Investitionsrechnung	2007	2008	2009	2010	2011
- Ausgaben IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	17.5 17.1 0.4	17.4 16.8 0.6	17.0 16.8 0.2	17.1 16.3 0.8	16.3
- Einnahmen IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	13.4 12.1 1.3	13.4 12.0 1.4	13.4 11.8 1.6	13.4 11.6 1.8	11.4
Begründung:					
- keine bedeutenden Abweichungen					
Staatsbeiträge gesamt	2007	2008	2009	2010	2011
- Aufwand/Ausgaben IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	19.2 20.0 -0.8	19.2 19.4 -0.2	19.5 19.2 0.3	19.9 19.2 0.7	19.1
- Ertrag/Einnahmen IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	5.0 5.3 -0.3	5.1 3.1 2.0	5.1 3.2 1.9	5.2 3.2 2.0	3.2
Begründung:					
- Die mit der Finanzreform 08 wegfallenden Gemeindebeiträge an die landwirtschaftlichen Familienzulagen führen zu geringeren eingehenden Staatsbeiträgen als im IFAP 2006-2010 einberechnet.					

Vorhaben und Projekte			
	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2008-2011 in Mio. Franken	Investitionskosten 2008-2011 in Mio. Franken
Beschlossene / einberechnete Vorhaben			
8.1.1/07 Mindereinnahmen aus rückläufigen Darlehensrückzahlungen an Ökokredite	2008-11		1,6
8.1.2/07 NFA: Wegfall des Staatsbeitrags an schweizerische Zuchtorganisationen	ab 2008	-4	
8.1.3/07 Erhöhung Phosphorprojekt Luzerner Mittellandseen	2008-11	1,1	
8.1.4/07 Veränderungen im Forstwesen (exkl. Reform 06) a) Wegfall Staatsbeiträge aus Lothar Dekret b) Höhere Beiträge an Organisationen, Korperationen und Forstbetriebe c) Wegfall der Gemeindebeiträge an die Beforstung (Finanzreform 08)	ab 2010 2008-11	-1,3 1	
8.1.5/07 Reduktion des Beitrags an Micro Center Central Switzerland	2008-11	-0,8	
8.1.6/07 Reform 06: Massnahmen im Bereich Volkswirtschaft a) Effiziente Beratung der Waldeigentümer (Teilprojekt 16) b) Neupositionierung der landwirtschaftlichen Kreditkasse (Teilprojekt 17)	2008-11 2008-11	-2,2 -1,2	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			
Gesetzesänderungen			
8.3.1/07 Mantelerlass der Gesetzesänderungen Finanzreform 08	2008		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Aufwand	243.3	240.1	253.6	253.0	253.0	253.1	253.2	-0.1%
Ertrag	217.2	211.1	224.0	220.6	220.7	220.9	221.0	-1.3%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	26.1	29.0	29.6	32.3	32.2	32.3	32.2	
80 Landwirtschaft								
Aufwand	224.1	218.7	231.3	230.7	231.0	231.3	231.6	
Ertrag	207.5	201.8	214.2	212.1	212.2	212.3	212.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	16.5	16.8	17.1	18.5	18.8	19.1	19.3	
81 Forstwirtschaft								
Aufwand	13.9	14.6	15.0	14.9	14.7	14.4	14.4	
Ertrag	6.6	6.5	6.9	5.6	5.7	5.7	5.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	7.3	8.1	8.1	9.3	9.0	8.7	8.6	
82 Jagd und Fischerei								
Aufwand	0.9	1.1	1.1	1.2	1.2	1.2	1.2	
Ertrag	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.1	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	
84 Industrie, Gewerbe und Handel								
Aufwand	4.4	5.7	6.1	6.2	6.1	6.2	6.1	
Ertrag	1.1	1.1	1.2	1.2	1.2	1.2	1.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.3	4.6	4.9	5.0	4.9	4.9	4.8	
87 Sonstige gewerbliche Betriebe								
Aufwand	-	-	-	-	-	-	-	
Ertrag	0.8	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.8	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	
Investitionsrechnung	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Ausgaben	17.5	17.2	17.1	16.8	16.8	16.3	16.3	-4.7%
Einnahmen	12.9	13.4	12.1	12.0	11.8	11.6	11.4	-5.8%
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	4.6	3.8	5.0	4.8	5.0	4.7	4.9	
Staatsbeiträge	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	10.9	11.5	12.8	12.2	12.0	12.0	11.9	-7.0%
Ertrag	4.0	4.7	5.0	2.8	2.9	2.9	2.9	-41.1%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	6.9	6.8	7.8	9.3	9.2	9.1	9.0	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	7.3	7.3	7.2	7.2	7.2	7.2	7.2	0.0%
Einnahmen	0.0	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.0%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	7.3	6.9	6.9	6.9	6.9	6.9	6.9	

9 Finanzen und Steuern

IFAP 2007-2011

Grundauftrag und Veränderungen

Grundauftrag, Legislaturprogramm und Generelle Entwicklung

Grundauftrag

Umsetzung der Finanz- und Steuerpolitik des Kantons Luzern.

90 Steuern

- Vollzug der kantonalen Steuerpolitik und der Steuerabrechnung mit den Gemeinden.

92 Finanzausgleich

- Vollzug des Finanzausgleichs mit den Gemeinden.

93 Einnahmenanteile

- Abrechnung mit dem Bund über die Kantonsanteile an Bundessteuereinnahmen.

94 Vermögens- und Schuldenverwaltung

- Vermögens- und Schuldenverwaltung des Staatshaushaltes. Bewirtschaftung der Liquidität und der Finanzierungskosten.

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
90 Steuern	Steuererlöse	Steuerverwaltung	FD
92 Finanzausgleich	Gemeindeentwicklung, Teil Finanz-ausgleich	Amt für Gemeinden	JSD
93 Einnahmenanteil	Kantonsanteil an direkter Bundes-steuer, Verrechnungssteuer und LSVA und aus neuen Ausgleichs-töpfen NFA (ab 2008)	Steuerverwaltung	FD JSD
94 Vermögens- und Schuldenverwaltung	Zinsen und Disagio	Amt für Finanzdienstleistungen	FD
	Gewinnausschüttung Nationalbank, Ertrag von Wertschriften und von Banken	Amt für Finanzdienstleistungen	FD
	Vergütungszinsen	Steuerverwaltung	FD
	Interne Zinsverrechnung	Verkehr und Infrastruktur	BUWD
99 Nicht aufgeteilte Positionen	Nicht zuteilbare Abschreibungen	Amt für Finanzdienstleistungen	FD

Legislaturprogramm 2003-2007

Durch den Aufbau des Legislaturprogramms 2003-2007 ist eine Integration in diesen Grundauftrag noch nicht möglich. Wir werden im nächsten Legislaturpro gramm die Durchgängigkeit der Planungsinstrumente sicherstellen.

Generelle Entwicklung

90 Steuern

- 2007: Wegfall der nachträglichen Vermögenssteuern
- 2008: Korrektur Tarif für Einkommen inkl. Ausgleich kalte Progression, Anpassung Kinder- und Fremdbetreuungsabzüge
- 2009: Korrektur Tarif für Vermögen
- 2010: Korrektur Tarif für Gewinn und Kapital
- Mit Einführung der neuen Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden per 2008 werden folgenden Nebensteuererträge neu hälftig geteilt: Personalsteuern (alt Staat/Gemeinden 3:2), Liegenschaftssteuern (alt 2:3), Grundstücksgewinnsteuern (alt 2:7), Handänderungssteuern (alt 2:1), Erbschaftssteuern (alt 2:1)

92 Finanzausgleich

- Erstellung Wirkungsbericht 2007 und Debatte im Grossen Rat

93 Einnahmenanteil

- Ab 2008 tritt die neue Finanz- und Aufgabenteilung des Bundes (NFA) in Kraft. Der Kanton Luzern wird voraussichtlich Gelder aus dem Ressourcenaus-gleich, dem geografischen Lastenausgleich und dem Härteausgleich erhalten.
- Mit der Einführung NFA fallen die Finanzausgleichsquoten im Bereich der Anteile an Bundes- und Verrechnungssteuern weg.

94 Vermögens- und Schuldenverwaltung

- Für die Verzinsung des Fremdkapitals ist mit einem leicht steigenden Niveau zu rechnen.
- Ab 2008 fällt aufgrund der Einführung NFA der Finanzkraftanteil am Ertrag der SNB weg.

Indikatoren und Kenngrössen	2007	2008	2009	2010	2011
90 Steuern					
Staatssteuerfuss	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6
Entlastung Staatssteuern ggb. Vorjahr in Mio. Fr.	2.0	57.0	35.0	18.0	0.0
Indexwert der Steuerbelastung der Schweiz	< 114.5	< 114.5	< 114.5	100.0	100.0
92 Finanzausgleich					
Finanzausgleichszahlungen netto in Mio. Fr.	120.6	121.0	121.5	122.0	122.0
93 Einnahmenanteil					
Anteile an Bundeseinnahmen	261.2	436.9	441.9	452.5	463.4
Anteil Kanton Luzern am Ressourcenausgleich NFA		9.85 %	9.85 %	9.85 %	9.85 %
94 Vermögens- und Schuldenverwaltung					
Gewinnanteil SNB in Mio. Fr.	97.5	80.9	80.9	80.9	80.9
Marktgerechte Finanzierungskosten (SWAP Satz + 10 Basispunkte)	< 10 BP				
Nettoschuld pro Kopf.	< 3'600	< 3'600	< 3'600	3'000	3'000

Finanzielle Veränderungen gegenüber dem IFAP 2006-2010					
Laufende Rechnung	2007	2008	2009	2010	2011
- Aufwand IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	274.9 278.7 -3.8	311.5 281.8 29.7	284.7 267.7 17.7	289.2 271.4 19.4	276.0
- Ertrag IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	1'372.7 1'377.4 -4.7	1'415.0 1'518.0 -105.5	1'401.3 1'522.2 -123.4	1'402.4 1'536.2 -136.3	1'568.0
Begründung:					
- Infolge geänderter Annahmen zu den Sonderbeiträgen sind Aufwand und Ertrag für den innerkantonalen Finanzausgleich für die Jahre 2007 und 2008 tiefer als im IFAP 2006-2010 angenommen.					
- Die in der Funktion „99 Nicht aufgeteilte Positionen“ enthaltenen zusätzlichen Abschreibungen sind 2007 höher und in den Jahren 2008 tiefer als im IFAP 2006-2010 vorgesehen.					
- Der Aufwand für Schuldzinsen ist in den Jahren 2008-2010 zwischen 2,2 und 5,4 Mio. Fr. tiefer als im IFAP 2006-2010 angenommen.					
- Der Anteil an der direkten Bundessteuer inkl. Finanzausgleichsquote liegt 2007 mit 222,7 Mio. Fr. um 16,3 Mio. Fr. über dem Wert im IFAP 2006-2010.					
- Im IFAP 2006-2010 war die erwartete Nettoentlastung aus der NFA summarisch eingestellt. Neu sind in der Funktion „93 Einnahmenanteile“ die erwarteten Zahlungen aus den neuen Ausgleichstöpfen (vgl. Vorhaben und Projekte, Ziffer 9.1.4) einberechnet.					
- Dem im IFAP 2006-2010 nicht einberechneten Mehrertrag aus den neuen NFA-Ausgleichstöpfen stehen im Aufgabenbereich Finanzen der Wegfall der Finanzausgleichsquote bei der direkten Bundessteuer (ca. 140 Mio. Fr.), bei den SNB-Erträgen (16,7 Mio. Fr.) und der Verrechnungssteuer (5,7 Mio. Fr.) gegenüber. Diese Mindererträge waren im IFAP 2006-2010 nicht eingestellt.					
- Im IFAP 2006-2010 hatten wir Ausfälle aus der Steuergesetzrevision von 30 Mio. Fr. ab 2009 und zusätzliche 20 Mio. Fr. ab 2010 eingestellt. Die aktualisierten Ausfälle betragen neu 17,5 Mio. Fr. ab 2009 (Entlastung 35 Mio. Fr., erwarteter Kompensationseffekt 50 %) und zusätzliche 18 Mio. Fr. ab 2010.					
- Mit der Finanzreform 08 werden die Neben- und Sondersteuern zwischen dem Kanton und den Gemeinden neu aufgeteilt. Der für den Kanton daraus resultierende Mehrertrag von 7,3 Mio. Fr. ab 2008 war im IFAP 2006-2010 noch nicht eingestellt.					
Investitionsrechnung	2007	2008	2009	2010	2011
- Ausgaben IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	- - -	- - -	- - -	- - -	- - -
- Einnahmen IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	- - -	- - -	- - -	- - -	- - -
Begründung:					
- keine Abweichungen					
Staatsbeiträge gesamt	2007	2008	2009	2010	2011
- Aufwand/Ausgaben IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	169.3 160.9 8.4	177.5 166.6 10.9	152.1 152.0 0.1	153.3 153.3 0.0	153.7
- Ertrag/Einnahmen IFAP 2006-2010 IFAP 2007-2011 Veränderung	26.4 25.8 0.6	26.7 25.8 0.9	27.0 25.8 1.2	27.3 25.8 1.5	25.8
Begründung:					
- Die im Vergleich zum IFAP 2006-2010 reduzierten Sonderbeiträge des kantonalen Finanzausgleichs führen in den Jahren 2007 und 2008 zu geringeren Staatsbeiträgen.					

Vorhaben und Projekte		Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2008-2011 in Mio. Franken	Investitionskosten 2008-2011 in Mio. Franken		
Beschlossene / einberechnete Vorhaben						
9.1.1/07	Erhöhung der Zinsen für Schuldscheine und Anleihen	2008-11	7,2			
9.1.2/07	Mindereinnahmen aus der Steuergesetzrevision 2008 gemäss Beschlüssen der 1. Lesung im Grossen Rat (Annahme: höhere Kinder- und Fremdbetreuungsabzüge ggb. der regierungsrätlichen Botschaft wird mit der Lohnmeldepflicht kompensiert) a) Korrektur Tarif für Einkommen inkl. kalte Progression b) Korrektur Tarif für Vermögen c) Korrektur Tarif für Gewinn und Kapital	ab 2008 ab 2009 ab 2010	200 52,5 35			
9.1.3/07	NFA: Reduktion von Bundesanteilen aufgrund des Wegfalls der Finanzkraftzuschläge a) Gewinnanteil SNB b) Verrechnungssteuer	ab 2008 ab 2008	66,4 22,8			
9.1.4/07	NFA: Ersatz der bisherigen Finanzausgleichsquote durch neue Ausgleichstöpfe und Entwicklung des 17-prozentigen Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer					
		2007 2008 2009 2010 2011				
Kantonsanteil direkte Bundessteuer	81,6	85,0	82,9	86,2	89,7	-16,4
Finanzausgleichsquote	141,1	0	0	0	0	564,4
Ressourcenausgleich NFA	0	303	310,6	318,3	326,3	-1'258,2
Geografischer Lastenausgleich NFA	0	7,2	7,3	7,5	7,7	-29,7
Härteausgleich NFA	0	5,8	5,8	5,8	5,8	-23,2
9.1.5/07	Finanzreform 08: Änderung des Verteilschlüssels Kanton-Gemeinden für folgende Steuerarten a) Personalsteuer b) Liegenschaftssteuer c) Grundstückgewinnsteuer d) Handänderungssteuer e) Erbschaftssteuer	ab 2008 ab 2008 ab 2008 ab 2008 ab 2008	4 -11,2 -56,4 22,4 12,4			
9.1.6/07	Wegfall der Aufwendungen für Gemeindeprojekte	2009-11	-1,2			

Vorhaben und Projekte						Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2008-2011 in Mio. Franken	Investitionskosten 2008-2011 in Mio. Franken
9.1.7/07	Entwicklung der Zahlungsströme des innerkantonaler Finanzausgleichs							
a) der Ausgaben		2007	2008	2009	2010	2011		
Ressourcenausgleich	77,3	78,9	79,3	79,7	79,8		8,6	
Lastenausgleich	69,1	70	70,8	71,7	72		8,2	
Entschuldung	11,7	11,7	0	0	0		-35,1	
Ausbezahlte Sonderbeiträge	1,2	4,1	0	0	0		0,5	
Einlage in Fonds Sonderbeiträge (inkl. Anreizdekret)	7	7	0	0	0		-21	
Einlage in neuen Fonds Sonderbeiträge		4	4	4			12	
b) der Einnahmen		2007	2008	2009	2010	2011		
Horizontaler Finanzausgleich	26,2	26,2	26,2	26,2	26,2			
Entnahmen aus Fonds Sonderbeiträge	1,2	4,1	0	0	0		-0,5	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)								
Keine								
Gesetzesänderungen								
9.3.1/07	Steuergesetz (Steuergesetzrevision 2008)					2007-10		
9.3.2/07	Finanzausgleichsgesetz					2009		
9.3.3/07	Mantelerlass der Gesetzesänderungen Finanzreform 08					2008		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Aufwand	312.3	269.3	278.7	281.8	267.7	271.4	276.0	-1.0%
Ertrag	2263.3	1346.5	1'377.4	1'518.0	1'522.2	1'536.2	1'568.0	13.8%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-1951.0	-1077.2	-1'098.7	-1'236.3	-1'254.5	-1'264.8	-1'292.0	
90 Steuern								
Aufwand	25.1	14.5	14.0	14.0	14.0	14.1	14.1	
Ertrag	947.5	902.5	923.1	901.8	905.1	908.4	929.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-922.5	-888.0	-909.1	-887.8	-891.1	-894.4	-915.3	
92 Finanzausgleich								
Aufwand	183.9	184.4	170.2	175.7	158.2	159.4	159.8	
Ertrag	43.9	44.1	30.7	33.6	29.5	29.5	29.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	140.1	140.4	139.5	142.2	128.7	130.0	130.3	
93 Einnahmenanteil								
Aufwand	18.9	14.7	15.9	17.1	17.1	17.2	17.2	
Ertrag	242.3	243.6	261.2	436.9	441.9	452.5	463.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-223.4	-228.9	-245.3	-419.7	-424.7	-435.3	-446.2	
94 Vermögens- und Schuldenverwaltung								
Aufwand	49.5	54.5	50.3	49.9	51.1	52.1	52.7	
Ertrag	1'029.5 ¹	156.3	162.5	145.8	145.8	145.8	145.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-980.0	-101.8	-112.2	-95.9	-94.7	-93.7	-93.1	
99 Nicht aufgeteilte Positionen								
Aufwand	34.9	1.2	28.4	25.0	27.3	28.6	32.3	
Ertrag	0.1	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	34.8	1.2	28.4	25.0	27.3	28.6	32.3	
Investitionsrechnung	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Staatsbeiträge	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	170.3	172.1	160.9	166.6	152.0	153.3	153.7	-4.5%
Ertrag	26.2	26.0	25.8	25.8	25.8	25.8	25.8	0.0%
Aufwand-/Ertragsüberschuss	144.2	146.0	135.1	140.8	126.3	127.5	127.9	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

¹ inkl. SNB-Golderlös

IX. Strassenwesen

	(in Mio. Franken)						
in Mio. Franken	R2005	B2006	B2007	2008	2009	2010	2011
Strassenausgaben		158.9	153.9	100.5	102.2	105.5	106.3
Beiträge Bund / Dritte		78.4	-64.6	-16.7	-16.0	-18.0	-18.5
Finanzierungsquellen		90.6	-93.8	-88.7	-89.6	-90.5	-91.4
Saldo Strassenrechnung	-7.5	-10.1	-4.6	-4.9	-3.4	-3.0	-3.6

Das Luzerner Stimmvolk hat am 25. September 2005 den Bau des Zubringers Rontal beschlossen. Wir müssen trotz dieses Grossprojektes die Strassenbauschuld in der ganzen Planperiode abbauen und weisen deshalb durchwegs Strassenrechnungen mit Einnahmeüberschüssen aus.

Mit der NFA fällt die bisherige Mitfinanzierung der Kantone an die Aufwendungen der **Nationalstrassen** weg. Wir verzichten deshalb auf die Darstellung der auf dem Kantonsgebiet vorgesehenen Bau- und Unterhaltsprojekte im Bereich Nationalstrassen. Konkret hat die NFA folgende Auswirkungen auf die Strassenrechnung (alle Beträge in Mio. Franken):

a) Laufende Rechnung

	B2007	2008	2009	2010	2011
Nettoaufwand für Betrieb und Unterhalt	17,9	14,0	13,2	13,7	13,7
Ertrag aus Kantonsanteil Mineralölsteuer	-24,0	-17,0	-17,0	-17,0	-17,0

b) Investitionsrechnung

	B2007	2008	2009	2010	2011
Nettoaufwand für Neu- und Ausbau	5,0	2,0	3,0	3,0	2,0
Nettoaufwand baulicher Unterhalt	5,0	0	0	0	0
Übrige Investitionen (Fahrzeuge, Verkehrsmodelle, Informatik etc.)	3,2	2,8	1,6	1,6	1,6

Bei den **Kantonsstrassen** haben wir im vorliegenden IFAP darauf verzichtet, separate Beträge für den Neu- und Ausbau, für Belagserneuerungen und für Kunstbauten einzustellen. Die Investitionen für die Zentralbahn, Teil Strasse, sind hingegen separat berechnet. Die Nettoinvestitionen der Strassenrechnung werden reduziert durch erwartete Beiträge aus dem Infrastrukturfonds (zusätzliche Beiträge zur Ziffer 6.1.5/07). Die Zahlenreihe für die Planperiode präsentiert sich wie folgt:

	B2007	2008	2009	2010	2011
Nettoinvestitionen in Kantonsstrassen (exkl. Zentralbahn)	45,4	58,4	55,4	57,6	59,4
Nettoinvestitionen Zentralbahn, Anteil Strasse	0,4	1,5	5,0	5,0	5,0
Beiträge Infrastrukturfonds des Bundes	-	-7,5	-5,0	-7,0	-7,5

Im **Kantonsstrassenbau** sind für die nächsten Jahre folgende grösseren Projekte vorgesehen (Details siehe Bauprogramm):

Stras- senzug	Gemeinde, Abschnitt, Massnahme	Kosten in Mio. Franken
K 2	Luzern, Schwanenplatz – Luzernerhof, Radverkehrsanlage, Bushaltestelle	2,7
K 2	Meggen, Einmündung Adligenswilerstrasse – Grenze Schwyz, Radverkehrsanlagen, Bushaltestelle, Teilsanierung Strasse	5,6
K 4	Luzern, Grosshof – Eichhof, Busspur, Sanierung Knoten, Lichtsignalanlage	5,3
K 4	Kriens, Zentrum – Einmündung Hergiswaldstrasse, Förderung öffentlicher Verkehr, Radverkehrsanlagen	4,0
K 10	Ruswil, Langnauerbrücke – Dorf Werthenstein, Rad-/Gehweg, Teilsanierung Strasse	7,0
K 10	Entlebuch / Werthenstein, Schwanderholzstutz, Strassenausbau	30,1
K 13	Emmen, Seetalplatz – Centralplatz, Radverkehrsanlagen, Förderung öffentlicher Verkehr, Sanierung Strasse	2,4
K 13	Emmen, Sonnenplatz – Sprengiplatz, Radverkehrsanlagen, Förderung öffentlicher Verkehr	3,3
K 13/15	Emmen, Sprengiplatz, Radverkehrsanlagen, Förderung öffentlicher Verkehr, Sanierung Strasse	4,3
K 14	Büron / Geuensee, Einmündung Rütistrasse – Grenze Geuensee – Dorf, Radverkehrsanlagen, Sanierung Strasse	4,5
K 15	Flankierende Massnahmen für Autobahnzubringer Rothenburg, Radverkehrsanlagen, Umbau Knoten Einmündung Eschenbachstrasse und Einmündung Bären	2,0
K 15	Beromünster / Gunzwil, Challern – Grenze Aargau, Radverkehrsanlagen auf altem Bahntrassee	2,2
K 17	Gisikon / Honau, Kreuzung Tell – Grenze Kanton Zug, Radverkehrsanlagen, Teilsanierung Strasse	2,2
K 17b	Dierikon, Einmündung K 17 Längenbold – Einmündung Rigistrasse, Flankierende Massnahmen Zubringer Rontal auf Götzentalstrasse	3,8
K 32	Luzern, Allmend, Aufhebung Nivauübergang Zentralbahn (Anteil Strassenrechnung Tieflegung Zentralbahn)	19,2
K 37	Marbach, Einmündung Schärligstrasse – Steiglenbrücke, Rad-/Gehweg, Teilsanierung Strasse, Neubau Brücke	2,6
K 40	Willisau, Löwen – Schlüsselacher, Verlegung Kantonsstrasse	5,7
K 65b	Buchrain, Dierikon, Ebikon, Zubringer Rontal	100,0

X. Kantonale Hochbauten

Anl.	Proj.	Projekt Bezeichnung	Budget	Finanzplan 2008 - 2017								
				2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
32	Neu	HTA Horw: Verwaltungstrakt / Einbau Hörsäle	BKD	50	1'000							
34	10	HPZ Hohenrain: Pfarrhaus: Sanierung	FD	0								1500
37	2	ZHB Luzern: Sanierung und Erweiterung	BKD	250	500	500	5000	5000	4'000			
38	11	Natur Museum Luzern: Ausbau / Umbau	BKD						300	500	4'000	500
66	18	BHW Sursee: Hauptgebäude / Umbau Dachgeschoss	BKD								1'600	
141	3	Berufsschulen Gesamt: Berufsschul-Planung 2005 (Variante SMART)	BKD	250	800	1'000	7'000					
143	8	Berufsschule Sursee: Neubau 3-Fach Turnhalle	BKD	500	3'000	3'500					0	0
60	6	Zeughaus Musegg: Umnutzung	FD	0	0		500	500	5'000	5'000	2'000	
KSP Luzern												
40	32	31 Zentrum: Nordanbau	GSD	750	500	1'000	5'000	12'000	15'000	5'000	2'000	2'000
40	51	16 Schulgebäude: Sanierung/Abbruch	GSD									1'000
40	54	30 Augenklinik: OP-Sanierung + Innensanierung	GSD	200	1'000	7'000						
40	63	31 Zentrum: San. Buffet / Restaurant	GSD	1500								
40	91	31 Zentrum: Patientenzimmernsanierung	GSD	700	2'800	2'800	0	0	0	0		
40	95	31 Zentrum: Restaurant Erweiterung	GSD							1'000	1'000	
40	149	31 Zentrum: Sanierung OP's	GSD	4'000	9'000	7'000						
40	134	40 PWH 1+ 2: Innensanierung	GSD	0	500	2'500	3'000	3'000	2'000	2'000		
40	Neu	Kinderspital Luzern: Sanierung und Erweiterung	GSD				1'000	500	1'500	10'000	15'000	12'000
KSSW Sursee												
41	26	GOPS: Übrige Technik/Lift/Lüftung	GSD		0							2'000
41	30	Hauptgebäude: Sanierung IPS	GSD	150	3'000							
41	45	Hauptgebäude: Pflegestützpunkt san	GSD	1'250	1'500	0	0	0				
41		Hauptgebäude: Bettentrakt Korridorsanierung	GSD	0	0	0				1'000	1'000	1'000

Finanzplan 2008 - 2017											
Anl.	Proj.	Projekt Bezeichnung	Budget								2017
			Dep.	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
KSSW Wohlhusen											
42	1	Hauptgebäude: Umnutzung, Sanierung Behandlungstrakt	GSD	500	500	0	1'000	5'000	5'000	5'000	
42	4	Hauptgebäude: Sanierung Bettentrakt	GSD	500	500	0	1'000	8'000	8'000	8'000	
42	30	PWH C: Gesamtsanierung / Umnutzung	GSD	50	0						3'000
42	37	PWH B: Gesamtsanierung / Umnutzung	GSD								
											3'000
43	54	St.Urbau: Ausbau -Sanierung Therapie, Wirtschaftstrakt	GSD	570	1'000	1'020					
46	Neu	Kantonales Labor Luzern: Neubau						500	3'000	7'000	
51	12	KAPO Sprengi: Erweiterung Büro + Einstellhalle	JSD	500	3'000	3'000	500				
52	13	Strassenverkehrsamt Luzern: Nordanbau	JSD	0				2'200	500		
Im Finanzplan nicht enthaltene Projekte:											
		- KSPL Luzern / Umnutzung Hirschpark ca 15 Mio Franken									
		- KSPL Luzern / Umnutzung Alte Frauenklinik									
		- Umnutzung Sempach nach Auszug Polizeischule									
		- Schwerverkehrscontrollenzentrum Reiden									

**Grossratsbeschluss
über den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2007 - 2011**

vom

Der Grosse Rat des Kantons Luzern,

nach Einsicht in den Bericht des Regierungsrates vom 22. August 2006,

beschliesst:

1. Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan 2007 - 2011 vom 22. August 2006 wird genehmigt.
2. Der Grossratsbeschluss ist zu veröffentlichen.

Luzern,

Im Namen des Grossen Rates

Der Präsident:

Der Staatsschreiber: